

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 5 Juni 2000 35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Kriminalität: Begründete Ängste!



Lydia Riesen,
Stadträtin,
Bern

Verschiedene Medien unseres Landes gehen zynischerweise vom Standpunkt aus, dass die Ängste in der Bevölkerung inbezug auf die in den letzten Jahren massiv zugenommenen Delikte unbegründet seien. Es sind dies gerade jene Printmedien, welche sich nicht davor scheuen, so genannte «investigative» (nachforschende) Berichterstattung zu betreiben. Der «Beobachter» schreibt beispielsweise in der Januar Ausgabe, dass Panikmacher die diffusen Ängste der Menschen ausschachten würden, womit im originalen Wortlaut der Zeitschrift die politischen Kräfte ganz rechts gemeint sind.

Nun, es mag zutreffen, dass in der Relation der Statistiken die Zunahme von kriminellen Akten gegenüber dem Vorjahr tatsächlich stagniert ist. Laut polizeilichen Pressemitteilungen ist die Rate der Delikte im Jahre 1999 erfreulicherweise sogar um 6.5% rückläufig gewesen, was subjektiv gesehen zur Beruhigung verhelfen sollte, aber eben nur subjektiv.

Bedenkliche Ausländerkriminalität

Es ist feststellbar, dass vermehrt ausländische Delinquenten bandenmässig auftreten, denen eine Vielzahl der verübten Straftaten zur Last gelegt werden muss. Dies insbesondere im Bereich der Vermögensdelikte und der schweren Betäubungsmittelkriminalität (86 Prozent der Drogenhändler sind Ausländer). Bei diesen Rechtsbrechern handelt es sich nicht nur um Kriminaltouristen, wie es die etablierten Medien oft darzustellen versuchen, sondern auch um ausländische Staatsangehörige, die sich rechtmässig in der Schweiz aufhalten, sei dies aufgrund einer gültigen Aufenthaltsbewilligung

oder wegen des Umstandes, dass sie angeblich zufolge der politischen Lage in ihren Herkunftsländern nicht aus der Schweiz ausgeschafft werden können. Ganz allgemein muss bei diesem Personenkreis eine massive und zunehmende Bereitschaft zu Gewalt und Brutalität festgestellt werden. So hat das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger in letzter Zeit stark abgenommen. Bei einzelnen Leuten sitzt die Angst vor Überfällen und Einbrüchen bereits so tief, dass schon Anstrengungen zur Bildung von Bürgerwehrgruppen unternommen wurden, was in der Tat höchst bedenklich ist.

Zunahme von Gewaltverbrechen

Diese Ängste sind jedoch nicht unbegründet, denn analysiert man die Statistiken etwas genauer, so ist mit Erschrecken festzustellen, dass die Anzahl an schweren Verbrechen, also Mord, Tötung, schwere Körperverletzung usw., im Gegensatz zum Vorjahr zugenommen hat, und zwar um fast 6%. Die 6.5% Generalabnahme an Delikten wird also durch die erhebliche Zunahme von schwerkriminellen Fällen quasi wieder egalisiert, wobei hinzugefügt werden muss, dass ein Tötungsdelikt zehnfach schwerer wiegt als Betrug oder Diebstahl. Ergo hat sich die Situation nicht im geringsten gebessert, wie das etliche Medienschaffende einmal mehr völlig verzerrt darstellen wollen, im Gegenteil. In Anbetracht der Zunahme von Gewaltverbrechen ist die Gefährdung an Leib und Leben deutlich gewachsen.

In diesem Zusammenhang muss der willentlich objektiv informierte Bürger ebenfalls wissen, dass aufgrund der polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 1999 der proportionale Anteil an schwerkriminellen Ausländern mit und ohne Wohnsitz in der Schweiz etliches grösser ist als jener der inländischen Kriminellen: nämlich ca. 63%. Wenn also die Presse weitläufig immer wieder verbreitet, dass der Anteil der inhaftierten Ausländer die Anzahl der Schweizer nicht übertreffe, so ist das mehr als nur ungenaue Information. Entscheidend ist die Summe der wirklich

Nur ein Kampf, den man nicht führt, ist ein verlorener Kampf!



Dank an alle, die gekämpft haben...

Der Zentralvorstand dankt allen, die in der Abstimmung mitgeholfen haben, unseren Kampf gegen die Bilateralen Verträge mit der EU zu führen. Ohne die zahlreichen Spenderinnen und Spender und ohne die vielen Leute, welche unsere SD-Zeitungen und Flugblätter verteilt haben, hätten wir diesen harten Abstimmungskampf nicht bestehen können. Die Schweizer Demokraten haben sich in den letzten Monaten in einer guten und starken Verfassung präsentiert. Mit den SD ist weiter zu rechnen.

Nun kämpfen wir für die 18%-Initiative

Am 24. September 2000 kommt die Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung», die 18%-Ausländer-Initiative, vors Volk. Die Schweizer Demokraten werden sich mit aller Kraft für diese Abstimmungsvorlage einsetzen. In den letzten Jahren hat der Ausländeranteil Jahr für Jahr zugenommen. Erstmals seit vielen Jahren haben wir nun wieder die Möglichkeit, über die Ausländerpolitik unseres Landes abzustimmen. Wir wollen und werden diese Abstimmung gewinnen!

SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf

schweren Delikte und von wem sie hauptsächlich verübt werden; hier sprechen die Zahlen wohl für sich.

Thorberg: ein negativer Meilenstein?

Die Berner Strafanstalt Thorberg mit ihrem immens hohen Ausländeranteil wurde kürzlich wieder einmal landesweit bekannt, als albanische Häftlinge zum Streik aufgerufen und bessere Küche sowie ein reichhaltigeres Fernsehangebot gefordert hatten.

Thorberg «beherbergt» in erster Linie schwere Gewaltverbrecher, also Delinquenten, die in die oben erwähnte Kategorie eingestuft werden müssen. Analysiert man nun die Lage in diesem Gefängnis und setzt sie in Verbindung mit den aktuellen Polizeistatistiken, breitet sich ein wahres Horrorszenario aus. Wenn natürlich unsere Justizvollzugsanstalten allmählich Hotelcharakter annehmen, dann verwundert es auch nicht weiter, dass

die Anzahl von schweren Verbrechen inskünftig sogar noch zunehmen könnte. Es ist erwiesen, dass etliche Angehörige von gewissen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 4 Bald zweiter Nationalpark!
- 5 Waffenplatz Bière mit Solarpreis ausgezeichnet
- 5 Sparziel bei weitem verfehlt!
- 7 Wiederverwertung von CDs und CD-ROMs
- 8 Veranstaltungskalender
- 10 Sauhäfteli – Saudeggeli

Kriminalität: Begründete Ängste!

Fortsetzung von Seite 1

«Gruppen» dem einzelnen menschlichen Leben relativ wenig Wert beimessen. Diesen Leuten ist es letztlich völlig gleichgültig, wenn sie für 15 oder mehr Jahre hinter Gitter müssen (im Falle einiger Elemente ist das Verbum «dürfen» zutreffender). Die Behörden unseres Landes sollen sich nur vorsehen, dass der Fall Thorberg nicht einen Meilenstein für die zukünftigen Entwicklungen zwischen Delikt und Strafvollzug darstellen wird.

Polizei stärken

Trotz gewisser ungünstiger Rahmenbedingungen ist die Polizei stets bestrebt, auf Veränderungen zu reagieren. Bereits in den vergangenen Jahren wurde einiges unternommen, um der Kriminalität besser Herr zu werden. Gesamtschweizerisch betrachtet muss leider festgestellt werden, dass die neuen Aufgaben der Polizeikörpers aufgrund der desolaten kantonalen Staatshaushalte allzu oft mit sinkendem Personalbestand zu bewerkstelligen sind. Ein gewisser Nachholbedarf besteht insbesondere in den Bereichen Wirtschaftskriminalität und Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung kann praktisch nur mit verbesserten personellen und technischen Mitteln realisiert werden.

Stopp dem «Kulturmix»

Entschlossene rechtsstaatliche Massnahmen zur Eindämmung der Ausländerkriminalität liegen auch

Polizeiliche Kriminalstatistik 1999: Tötungsdelikte

Insgesamt	192
Vollendet	89
Versuch	103
Tatmittel	
Schusswaffe	72
Hieb-/Stichmittel	64
Drosseln/Würgen	18
Ermittelte Täter	199
Männlich	175
Weiblich	24
Minderjährige	12
Ausländer	126
Opfer	222
Männlich	140
Weiblich	82

im Interesse der Mehrheit der gesetzestreu, anständigen Ausländer. Was hat es mit «Ausländerfeindlichkeit» zu tun, wenn man fordert, kriminelle Ausländer unverzüglich abzuschieben? Welchen «Rechtsanspruch» könnten zum Beispiel Mafia-Banden geltend machen, ihr Unwesen auf dem Rücken und zu Lasten der Schweizer Bevölkerung hier weiterhin zu treiben? Fest steht: Weitere Überfremdung, zügellose Einwanderung und weiche Welle in der Kriminalitätsbekämpfung laufen den Interessen der ungezählten anständigen Ausländer in diesem Lande direkt zuwider. Wer Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen auf engem Raum zusammenwürfelt, riskiert die Hölle der Kulturüberschneidung. Wenn dies mit Hunderttausenden von Menschen geschieht, wird die Mahnung eines grossen, bekannten deutschen Dichters missachtet: «Übermass zeugt Schmerz!»

«Cosa Nostra» und «N'drangheta» in Italien, aber auch Russen, Asiaten und die PKK. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Verfolgung dieser Organisationen spielt bereits heute, und eine Vergrößerung des Polizeikörpers ist in Aussicht genommen. Dies ist bitter nötig, sind doch derzeit nur zehn (!)

Drogenfahnder im Raum Basel vorhanden. Die SD unterstützen eine personelle Vergrößerung des Polizeikörpers mit allen politischen Möglichkeiten.

Agnes Kessler,
Peter Meyer, Reinach BL

Tierversuche zum Testen der Auswirkungen von Ecstasy!?

Ecstasy, die Partydroge, wurde über lange Zeit an Tieren getestet, vor allem an Pavianen, Rhesusaffen und Ratten, was auch von der Zeitschrift «The Lancet» bestätigt wird.

Dieses Rauchgift wurde den Tieren verabreicht, nachdem ihnen der Schädel geöffnet und Elektroden ins Hirn gesteckt wurden um ihre Reaktionen zu sehen und die Wirkungen auf die Hirnsubstanz zu beobachten! Dies ist ein weiterer Beweis für wissenschaftliche Torheiten, verursacht doch Ecstasy bei den Menschen Hirnschädigungen. Andere üble Folgen sind Allergien, Infarkt und Gelbsucht.

Anlässlich einer klinischen Studie an menschlichen Freiwilligen (9 Männer und 5 Frauen) sind Schädigungen des Hirngewebes festgestellt worden; insbesondere jener Gewebe, die Serotonin produzieren. Serotonin ist eine physiologische Substanz, die unter anderem

das Zusammenziehen der Muskeln einiger Organe, den Automatismus des Gedärms, den Blutdruck der Arterien bestimmt; sie stimuliert die Nervenenden der Empfindung und des Schmerzes. Sie hat auch einen Einfluss auf den Wach-Schlafmechanismus, auf die Regulierung der Körpertemperatur und einige Prozesse, aus denen das emotive Verhalten, das Gefühlsvermögen, die Depression, die Bangigkeit und das Erinnerungsvermögen entstehen. Das erklärt, warum jene, die Ecstasy einnehmen, eine veränderte Persönlichkeit aufweisen, den Wertbegriff verlieren und in einen Verwirrungszustand verfallen.

Nicht zu übersehen sind auch die physiologischen Schäden: Muskelkrämpfe, Erbrechen, Fieber, Tachykardie (Herzjagen), erhöhter Blutdruck, Dehydratation, übermässige Tastempfindlichkeit, und, in gewissen Fällen der Tod.

G. Fredeli in: *Orizzonti*

Protest der Schweizer Demokraten

Keine Vernehmlassung zur Solidaritätsstiftung

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen die Absicht des Bundesrats, betreffend die geplante Solidaritätsstiftung keine Vernehmlassung durchführen zu lassen. Bekanntlich plant unsere Landesregierung den Verkauf von 1300 Tonnen Gold, die dem Schweizer Volk gehören, wovon 500 Tonnen für die im Volk höchst umstrittene sogenannte «Solidaritätsstiftung» bestimmt sind, die gewisse ausländische Kräfte von unserem Land erpressen wollen. Während für die anderen, mehr oder weniger unbestrittenen 800 Millionen Tonnen eine Vernehmlassung durchgeführt wird, ist eine solche betr. die erpressten 500 Millionen Tonnen für die «Solidaritätsstiftung» nicht vorgesehen. Es ist typisch für unsere Landesregierung, das Schweizervolk auszuschliessen, wenn es um Vorlagen

geht, die beim Volk auf Ablehnung stossen und bei einer Volksabstimmung höchstwahrscheinlich abgelehnt würden. Dieses im höchsten Masse undemokratische Vorgehen zeugt von extremem Demokratiemangel unseres Bundesrats. Offenbar richtet sich unser Bundesrat auch in diesem Punkt nach seinem grossen Vorbild, nämlich der undemokratischen, diktaturähnlichen EU.

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen diese neueste üble Machenschaft unserer Bundesräte, die sich gerne selber als «Landesväter» bezeichnen.

Das Wort Landesverräter wäre hier eher am Platz.

SD-Medienmitteilung vom 19. Mai 2000, Pressechef Dr. Dragan Najman, Grossrat, Baden

Kriminalität aus erster Hand

Am 24. Mai 2000 orientierte Marcel Burri, der Chef der Kriminalpolizei BL, die Schweizer Demokraten aus Reinach und Umgebung über seine Tätigkeit im Rahmen der Asylproblematik. Hierbei wurde ersichtlich, dass viele Asylbewerber mit der Anpassung an unsere Gegebenheiten Mühe haben und leichter in straffällige Bereiche abrutschen als Einheimische oder Niedergelassene. Erschwerend ist, dass die Rechte der Angeschuldigten laufend ausgebaut werden, zumal bei Ermittlungen Anwälte eingeschaltet werden, die dem Beweisnotstand der Polizei zusätzlich Vorschub leisten. Bei Verurteilungen können asylsuchende Täter in vielen Fällen nicht ausgeschafft werden.

Ein weiteres ernstes Problem bieten die mobilen ethnischen Minderheiten (im Polizeijargon kurz «MeM» genannt), die man früher noch als Zigeuner bezeichnen durfte. Ihre Aktivitäten kommen speziell in unseren Grenzregionen zum tragen, wobei die kriminelle Frontarbeit der MeM meistens durch Frauen und nicht bestrafbare Kinder geleistet wird. Auch «Kriminaltouristen» aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks und des afrikanischen Kontinents machen der Polizei zu schaffen, vor allem im Bereich der Rauschgiftdelikte.

Die organisierte Kriminalität hingegen betreibt nach wie vor die Mafia verschiedenster Provenienz, wie beispielsweise «Camorra»,

Schwanengesang für die Eidgenossenschaft



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
SD/ZH,
Fischenthal

Nach der griechischen Sage ist der Schwanengesang der Sterbesang der Schwäne. Im übertragenen Sinn wird hier der Sterbesang für die Eidgenossenschaft angestimmt. Mit dem Einmarsch und Sieg der Franzosen wurde 1798 die alte Eidgenossenschaft zu Grabe getragen; der 21. Mai 2000 dürfte dereinst als Todestag für die neue Eidgenossenschaft in die Geschichte eingehen. Aus einem kleinen, selbstbewussten und souveränen Staat im Herzen Europas entwickelte sich eine von einer egoistischen und überheblichen Elite manipulierte Massengesellschaft, welche den Glauben an eine gnädige Vorsehung, an eine hohe eigene Leistungskraft und damit an ein Überleben im Staatenmeer verloren hat. Mittelmässigkeit beherrscht grosse Bereiche von Politik, Wirtschaft und Kultur. Weitblick und Weisheit wurden durch Fachidiotie verdrängt.

Bundesrat: von der ausführenden Behörde zur Regierung

Das JA zu den Bilateralen Abkommen ist das Resultat einer neuen Staatsauffassung, welche sich auf die leider von Volk und Ständen genehmigte neue Bundesverfassung stützt. Der Bundesrat, seine enge politische Entourage und eine gewisse hohe Beamtenschaft fühlen sich neuerdings als Regierung und regierungstreue Administration, welche dem Souverän – dem Volk also – mit Arroganz und mit erheblichen Steuermitteln das einhämmern, was sie als gut und zukunftsgerichtet erachten.

Statt Meinungsbildung von unten – Indoktrination von oben

Die Medienkampagne der Befürworter der Bilateralen Abkommen erinnert an totalitäre DDR-Verhältnisse unseligen Angedenkens. Der persönliche Einsatz aller Bundesräte und sogar kantonaler und städtischer Exekutivmitglieder in einer kostspieligen Werbekampagne für die Annahme dieser Abkommen widerspricht nicht nur der Rechtslehre, sondern auch der politischen Rücksichtnahme auf die höchste Macht in unserem Staat – das Volk. Vor 1970 erklärten Bundesrat und andere Exekutiven am Ende eines parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses ihre Position

kurz und klar, überliessen aber den Kampf für oder gegen eine Verfassungs- oder Gesetzesvorlage den Mitgliedern der Parlamente, welche – auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei – die entsprechende Parole vor den Medien und an öffentlichen Veranstaltungen vertraten. Diese Zurückhaltung hatte zur Folge, dass die Bundesräte als hohe Mandatsträger vom Volke respektiert wurden.

Heute lassen sich Bundesräte hinunter auf die tiefen Ebenen einer «Arena», eines Schul- und Kindergartenfests in einem kleinen Nest im Kanton Freiburg oder zur Verkündigung des «Paradieses» bei einer Veranstaltung der Wirtschaft in Uster. Nach jedem Einsatz und der nachfolgenden Abstimmung mögen sie sich im Bad der wohlwollenden Anhängerschaft baden, werden aber von den Unterlegenen als politische Gegner und einseitige Manipulierer registriert und entsprechend abgelehnt bis gehasst. Allen positiven Umfragen zum Trotz hat der Gesamtbundesrat sein Ansehen weitgehend verloren. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis unsere Bundesrätinnen und Bundesräte wie ihre Kollegen in den anderen Staaten gepanzerte Limousinen und Sicherheits-Begleitung beanspruchen müssen, statt wie bis vor kurzem allein im Tram durch Bern zu fahren. Das wird die zwingende Folge eines magistralen Fehlhaltens in der direkten Demokratie, nämlich, wenn Mitglieder der obersten Bundesbehörde mehr den Einflüsterungen der 150 Kommunikations-Spezialisten und der persönlichen Berater folgen, statt die divergierenden Meinungen im Volk ernst zu nehmen und sich aus den – durchaus notwendigen – politischen Grabenkämpfen der Volksvertreter heraus zu halten.

Fehlen des Aufschreis

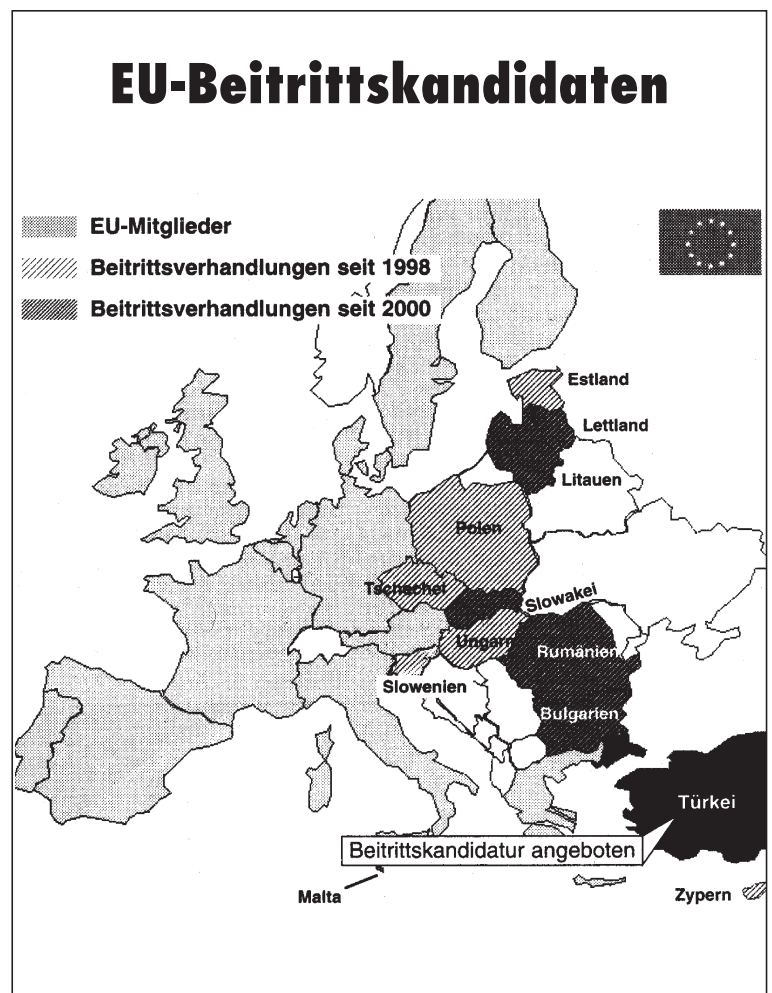
Die neue Praxis der direkten Beeinflussung bei einem Abstimmungskampf durch Bundesrat, Verwaltung und Massenmedien hat zu den schwerwiegenden Ja-Mehrheiten beim Antirassismusetz, bei der neuen Bundesverfassung und bei den Bilateralen Abkommen geführt. Dass sich das Stimmvolk diese Manipulation ohne nennenswerten Aufschrei gefallen liess, zeigt das bedenkliche Schwenden seines Willens nach Freiheit und Unabhängigkeit. Ausgerechnet Präsident und Vorstand der AUNS, also jener Organisation, welche diese Staatsziele und die Neutralität schützen sollte, standen bei allen drei Vorlagen Gewehr bei Fuss, mit voller Kriegskasse aber Rücken zum Volk und schauten dem politischen Geschehen kampfl-

los zu. Eine andere Haltung hätte vermutlich auch andere Abstimmungsresultate gebracht.

Versuch einer Vision

Mit dem Ja zu den oben erwähnten drei wichtigen Urnengängen der letzten Jahre wurde für die direktdemokratische, freiheitliche Eidgenossenschaft das Grab geöffnet. Die Schweiz entwickelt sich leider immer mehr zu einem manipulierbaren, obrigkeitshörigen und multikulturellen Massenstaat, welcher bald einmal seine einmalige Staatsform, seinen Wohlstand und seinen

sozialen Frieden verlieren wird. Die Eidgenossenschaft wurde oft als Herz Europas und Hort der Freiheit bezeichnet. Sollte dieses Herz der Freiheit durch die laufend zunehmende Übernahme von übergeordnetem, internationalem Recht zu schlagen aufhören, dürfte die Schweiz zu einem unbedeutenden Allerwelts-Zwergstaat und künftigen Bittsteller in der Europäischen Union degenerieren – es sei denn, Schweizer Demokraten, mutige Bürgerinnen und Bürger würden durch ihren uneingeschränkten Einsatz eine Wende zum Guten bewerkstelligen.



Die EU führt jetzt mit insgesamt zwölf Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Mittelmeerraumes Beitrittsverhandlungen. Vor zwei Jahren begann die erste Verhandlungsrunde mit Polen, Ungarn, der Tschechei, Estland, Slowenien und Zypern. Im vergangenen Februar wurden die Beitrittsverhandlungen mit Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, Litauen, Lettland und Malta aufgenommen. Vornehm geschwiegen wird in Brüssel über die ungeheuren Kosten der Erweiterung, die wesentlich höher ausfallen werden, als dies bislang vermutet wurde.

Ebenfalls in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten ist die Türkei aufgenommen worden. Konkrete Verhandlungen mit dem Land, von dessen Staatsgebiet nur drei Prozent auf europäischem Boden liegen, sollen zu einem späteren Zeitpunkt begonnen werden. Trotzdem wird die Türkei ab sofort mit hohen finanziellen Zuwendungen in vielfacher Milliardenhöhe aus Brüssel bedacht, um «EU-Reife» zu erreichen. Neben der immer mehr ausufernden Türkei-Förderung werden an die Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa in den kommenden Jahren Abermilliarden Mark fliessen.



Bald zweiter Nationalpark!

Pro Natura macht Dampf für einen zweiten Nationalpark in der Schweiz. Wann und wo er Wirklichkeit wird, ist noch offen. Doch die Chancen stehen gut.

Bis in zehn Jahren wird ein zweiter Nationalpark in der Schweiz Wirklichkeit, so hofft Pro Natura. Sie setzt alles daran, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Die erfolgreiche Naturschutzorganisation stand bereits bei der Gründung des ersten Parks 1914 Patin. Der schweizerische Nationalpark war damals der erste Europas. Inzwischen hat die Schweiz ihre Pionierrolle im Naturschutz allerdings eingebüsst. Während überall in Europa munter neue Nationalparks entstehen, wird bei uns höchstens mit Mini-Reservaten gekleckert.

Viele Standorte möglich

Die Zeit sei jetzt reif für neue grosse Schutzgebiete, schreibt Pro Natura in ihrem neuen Mitgliedermagazin und lädt alle Gemeinden und Regionen ein, die Nationalpark-Idee für ihr Gebiet zu prüfen. Sie verspricht dabei fachliche und finanzielle Unterstützung. Nach heutigen internationalen Standards der IUCN muss ein neuer Nationalpark wenigstens 100 km² gut geschützte Flächen umfassen (50 km² im Jura). In weiteren Gebieten muss der Landschaft besonders Sorge getragen werden. Eine angepasste Land- und Forstwirtschaft sind hier bis zu einem gewissen Grade zugelassen.

Angesichts der Umwälzungsprozesse im Agrar- und Forstbereich, scheinen neue grosse Schutzgebiete

heute durchaus machbar. Pro Natura selbst sieht etliche Gebiete, vor allem im Alpenraum, welche in Frage kommen. Genauer will sie diese zum jetzigen Zeitpunkt indessen nicht bezeichnen, schliesslich soll der Standort nicht von Pro Natura «diktiert» werden. Vielmehr möchte die Naturschutzorganisation in einer Art Wettbewerb zunächst testen, in welcher Region die Idee auf ernsthaftes Interesse stösst und eigene Initiativen auslöst. Dazu werden in den nächsten Wochen kantonsweise Gemeinden und Planungsstellen angegangen.

Geld und Geduld

Dass ein zweiter Nationalpark nicht gerade über Nacht gegründet werden kann, das ist auch den Naturschützern bewusst. «Ein schönes Stück Überzeugungs- und Informationsarbeit haben wir vor uns. Wir werden Geduld brauchen und sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, da mache ich mir überhaupt keine Illusionen», meint Präsident Martin Boesch.

Die ersten Reaktionen zum Projekt seien durchwegs begeistert ausgefallen. Pro Natura ist deshalb zuversichtlich, dass auch die finanzielle Unterstützung nicht ausbleiben wird, und hofft insbesondere auf grössere Erbschaften und Sponsorenbeiträge. Bleibt zu wünschen, dass der Optimismus der Naturschutzkreise belohnt wird, denn langfristig, so haben Fachleute errechnet, braucht die Schweiz acht neue Nationalparks, um ihre Naturschätze bewahren zu können.

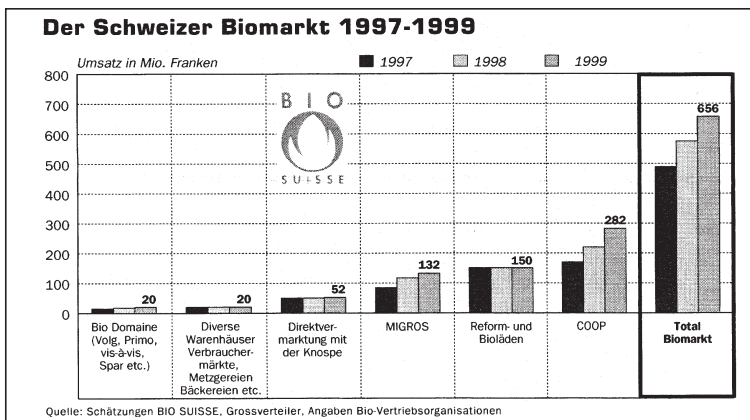
Pro Natura

Der Stand der Bio-Nation Schweiz

Der biologische Anbau wächst im Jahre 2000 um weitere 265 Landwirtschaftsbetriebe oder um gut 5%. Der Markt für Bio ist dynamisch und legt gesamtschweizerisch um rund 14% zu. Stark steigt die Nachfrage vor allem bei Bio-Milch, Bio-Fleisch und Bio-Getreide. BIO SUISSE, die Vereinigung Schweizer Biolandbau-Organisationen, hat in den letzten zwölf Monaten über 500 neue Produkte mit der Knospe lizenzieren können. Neue Biobauern und Biobäuerinnen sind mehr denn je erwünscht, aber die Hauptstrategie heisst: Konsequente Bio-Qualität vom Saatgut bis auf den Teller! Die BIO SUISSE nimmt sogar eine momentane Unterversorgung auf dem Markt in Kauf, wie an der Jahresmedienkonferenz der Bio-Suisse in Bern zu hören war.

Die Nachfrage wächst

Der Detailhandelsumsatz von Knospe-Produkten ist 1999 gegenüber dem Vorjahr um rund 80 auf 656 Millionen Franken gewachsen. Das ist eine Zunahme von rund 14%. Das mittelfristige Potenzial wird von BIO SUISSE auf einen Anteil von 5% Biokunden- und -kundinnen geschätzt, was ein Marktpotential von über 300 Millionen Franken für die Region Zürich und von 1.8 Milliarden Franken für die Schweiz ergäbe. Über 500 neue Lizenzen für Produkte mit der Knospe wurden 1999 vergeben. Die Bandbreite vom Bio-Mascarpone bis zu Bio-Bohnenprossen ist gross und zeigt die innovative Entwicklung im Markt. Es lässt sich ein klarer Trend Richtung Entgegenkommen sowohl für



5282 Betriebe sind zur Zeit der BIO SUISSE angeschlossen, resp. produzieren unter dem Knospe-Label. Im März 2000 bewirtschaften 8.4% der Bauernbetriebe 8.1% der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch. Die Zahl der biologisch und mit dem Knospe-Label produzierenden Bauern nimmt damit weiter zu. Allerdings ist das Wachstum kleiner als in den früheren Sturm- und Drangjahren. Trotzdem nimmt die Schweiz bezüglich Anteil Biobetriebe weltweit hinter Österreich den zweiten Platz ein. Zur Zeit ist die Nachfrage nach Bioprodukten so gross, dass die einheimischen Biobauern mit der Produktion bei einigen Produkten nicht ganz nachkommen. «Bauern mit ökologischer Überzeugung stellt um, schliesst Euch dem Biolandbau an!» – richtet daher Christof Dietler, Geschäftsführer der BIO SUISSE, den Appell an die Schweizer Landwirtschaft. Die Chance müsse jetzt genutzt werden, bevor die Öffnung der Grenzen weiter fortgeschritten sei. «Die Umstellung auf Bio bleibt jedoch ein Entscheid, der unter Berücksichtigung der regionalen Marktsituation sorgfältig durch jeden Betriebsleiter individuell zu fällen ist». Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wirbt die BIO SUISSE damit aktiv, aber differenziert für neue Biobauern.

den Endkonsumenten als auch für die Weiterverarbeiter feststellen: pasteurisierte Teigwaren, Frischpizzen, Griessköppli, Käsekuchen, Birnweggenfüllung usw.

Vor allem die Nachfrage für Bio-Milch-, Bio-Fleisch- und Bio-Getreide zieht an. 1999 wurde in der Verarbeitung zum ersten Mal die Grenze von 100 Millionen Kilo Bio-Milch überschritten. Ein Zuwachs von weiteren 13 bis 15% ist nach Ansicht der BIO SUISSE für das Milchjahr 2000/2002 realistisch. Ebenso dynamisch entwickelt sich der Bio-Fleischmarkt. Das Angebot kann nur knapp oder gar nicht mithalten.

Die Antwort auf die Annäherung an die EU: Qualität statt Quantität

Dabei macht BIO SUISSE keine Konzessionen an die Qualität. Die Knospe bleibt bei ihren hohen Qualitätsstandards, auch wenn der Markt nach mehr Quantität lockt und zieht. Spitzen-Qualität, respektive die strikte Einhaltung der Knospe-Richtlinien in Haltung und Fütterung ist die richtige Antwort auf die europäische Herausforderung. Die Einhaltung der strengen Knospe-Richtlinien ist die Garantie, dass der schweizerische Biolandbau der Konkurrenz aus den EU Staaten standhält. Mit dem Be-



Die Kommission des National- und Ständerates im Val Cluozza.
(Foto: Pro Natura)

kenntnis zur Knospe-Qualität fühlen sich die Biobauern für Europa gewappnet.

Faire Preise für Knospe-Milch und Knospe-Fleisch

BIO SUISSE will allerdings einen fairen Preis! Erfreulicherweise und anders als noch im letzten Jahr ist es in den Preisverhandlungen 2000 gelungen, einen neuen Bio-Milchpreis von mindestens 91.5 Rappen zu erreichen. Dies öffnet den Produzenten von Bio-Milch eine gute Verhandlungsbasis für einen zufriedenstellenden Bio-Milchpreis. Auch die neuen Preise für Schlachtvieh werden dem erhöhten Arbeitsaufwand – nämlich der tiergerechten Haltung plus Bio-Fütterung – eher gerecht. Ein guter Preis erlaubt es, die Doppelqualität von Fütterung und Haltung zu bewahren und das Angebot an Bio-Tieren auszudehnen. BIO SUISSE und der Handel arbeiten

darauf hin, dass künftig auch jene Bio-Tiere den Weg in den Bio-Kanal finden, die zur Zeit noch konventionell vermarktet werden.

Nach Ansicht von François Philippe Devenoge, Vorstandsmitglied von BIO SUISSE, sollte auch der schweizerische Bio-Getreidemarkt verstärkt durch Schweizer Biobauern versorgt werden. Zur Zeit werden nur gerade 40% in der Schweiz produziert, und 60% des Bio-Getreides stammt aus dem Ausland. Hier existieren für die Getreidebauern in der Talzone grosse Potenziale. «Wir freuen uns, wenn Ihr die Chance packt», appelliert er vor allem an die welschen Getreidebauern.

Die Strategie der BIO SUISSE ist allerdings nicht, die Nachfrage um jeden Preis zu stillen. Zur Zeit nimmt BIO SUISSE sogar eine Marktunterversorgung in Kauf. Hauptstrategie der BIO SUISSE ist die Sicherung der Bio-Qualität.

BIO-SUISSE

Treibstoffverbrauch von Neuwagen:

Sparziel bei weitem verfehlt!

Die Zahlen der Schweizer Automobil-Importeure sind ernüchternd: Der Treibstoffverbrauch der Neuwagen ist zu hoch, die Sparziele werden krass verfehlt. Einige Marken brauchen gar mehr Sprit als 1996.

Der Treibstoffverbrauch von neu in Verkehr gesetzten Personenwagen soll in der Schweiz bis ins Jahr 2001 gegenüber 1996 um 15 Prozent gesenkt werden. So will es die Energieverordnung von 1998. Vorläufig ist dies nur ein frommer Wunsch. Nach zwei von fünf Jahren Laufzeit zeichnet sich ab, dass das Ziel nicht erreicht wird, obwohl es möglich wäre. Die Analyse der Vereinigung Schweizerischer Automobil-Importeure (VSAI) zeigt, dass eine jährliche Verbrauchsreduktion um 3,2 Prozent durchaus erreicht werden könnte: Immerhin haben fünf Marken mit einem Marktanteil von insgesamt 12,5 Prozent – darunter nicht etwa nur «Säufer», für welche die Reduktion ein Leichtes ist – dieses Ziel sogar übertroffen.

Die Sache wäre ganz einfach: Jede Marke müsste lediglich den Verbrauch ihrer Flotte¹ um den geforderten Prozentsatz reduzieren. Dazu müssten die Hersteller entweder verbrauchsärmere Autos bauen oder den Verkauf ihrer sparsamen Modelle fördern. Nicht weniger als neun Marken mit einem Marktanteil von fast einem Viertel haben stattdessen ihren Flottenverbrauch gegenüber 1996 noch erhöht. Die andern haben ihren Verbrauch nur ungenügend reduziert.

Da diese Hersteller auch sparsamere Modelle anbieten, ist zu vermuten, dass sie diese zu wenig intensiv angepriesen haben.

Unnötig schwere Wagen

Gemäss VSAI sind Kundenwünsche bezüglich Komfort und Sicherheitsbestimmungen am Misserfolg schuld. Deswegen seien die Fahrzeuge heute schwerer und bräuchten entsprechend mehr Treibstoff. Der VCS sieht einen Hauptgrund in der massiven Zunahme des Marktanteils von Grossraumlimousinen (+57,5% seit 1996) und Geländewagen (+46% seit 1996). Diese grossen und schweren Fahrzeuge weisen überdurchschnittliche Verbräuche auf. Unsinnige Motorgrößen und -leistungen tragen das Ihre zum viel zu hohen Spritverbrauch bei.

Ohne die Dieselfahrzeuge – deren Verkaufsanteil kontinuierlich steigt und inzwischen 5,8 Prozent beträgt – sähe die Bilanz noch schlechter aus, denn sie verbrauchen rund 15 Prozent weniger Treibstoff als die Benziner. Allerdings bedeutet dies keinen Gewinn für die Umwelt, denn die Dieselfahrzeuge stossen auch rund 15 Prozent mehr CO₂ aus: ein Nullsummenspiel also. Diesel schneidet auch bei andern Schadstoffen wie Russ und Partikel deutlich schlechter ab und verursacht doppelt so grosse Umwelt- und Gesundheitsschäden wie Benzin.

Jörg Matter in VCS-Zeitung
(leicht gekürzt)

Waffenplatz Bière mit Solarpreis ausgezeichnet

Ende November 1999 wurden die Europäischen Solarpreise 1999/2000 in Frankfurt verliehen. Unter den zwölf Europäischen Solarpreisträgern wurden auch der Waffenplatz Bière des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport für vorbildliche Leistungen und Substitution von 950 Tonnen Öl durch Holz- und Biomassenenergie ausgezeichnet.

Der Waffenplatz Bière wurde energetisch sehr erfolgreich saniert. Anstelle der Heizölkentralen wur-

de eine mit Biomasse betriebene Wärme-Kraft-Kopplungsanlage installiert. Diese Holzenergieanlage substituiert pro Jahr 950 t Heizöl und 2,8 Millionen kg CO₂. Diese umweltfreundliche Anlage deckt mit einem zweiten Warmwasserholzkessel mit 1,4 MW Heizleistung 80 Prozent des jährlichen Gesamtwärmebedarfs.

Dazu produziert sie noch 1,1 Millionen kWh Strom und deckt so 60 Prozent des elektrischen Stroms.

Aus: Natur + Mensch

BUCHECKE

Der Weg zur Landschaft führt über die Sinne

Raimund Rodewald: *Sehnsucht Landschaft. Landschaftsgestaltung unter ästhetischem Gesichtspunkt, 1999 Chronos Verlag, Zürich.*

In seinem neuen Buch «Sehnsucht Landschaft» plädiert Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz SL, für einen sinnlich-ästhetischen Zugang zur Landschaft.

Die Umweltthemen sind aus den Schlagzeilen geraten, doch die Situation hat sich gerade im Bereich der Landschaftszerstörung nicht entschärft. «Müssen wir uns also damit abfinden, dass wir etwa 100

Jahre zu spät geboren wurden?», fragt Raimund Rodewald in seinem Buch.

Er entscheidet sich natürlich gegen die Resignation. Statt in die Traumwelt der Nostalgie abzudriften, empfiehlt er die in die Zukunft gerichtete Sehnsucht als Richtschnur. Rodewald plädiert dafür, dass wir unsere innersten und innigsten Wünsche auch in Bezug auf die Ästhetik, die Schönheit von Umwelt und Raum ernst nehmen und umzusetzen versuchen. Die Sehnsucht bekommt dadurch eine politische und kreative Kraft, die auf Veränderung der Wirklichkeit zielt: Nämlich immer dort, wo die

Umgebung kein Ort mehr ist, in dem unsere Sehnsüchte aufgehoben sind. Damit stellt sich die anspruchsvolle Frage, wie denn Landschaften aussehen, die der Sehnsucht der Menschen entsprechen?

Für Rodewald lässt sich die Qualität einer Landschaft letztlich nicht in Zahlen ausdrücken, und er begegnet auch jenen Vorschlägen mit Skepsis, welche den Wert einer Landschaft messen und in Geld anzugeben versuchen. Der Autor – selber Naturwissenschaftler – glaubt, dass der Zugang zur Landschaft kein rein naturwissenschaftlicher sein kann. Der Raum lasse sich erst dann in seiner vollen Tiefe erfassen, wenn auch die eigene, sinnliche Wahrnehmung einbezogen wird. «Zur Landschaft gelangt man auf dem Pfad der Ästhetik». Vom sinnlich-ästhetischen Zugang verspricht sich Rodewald nebst einer vertieften Naturbeziehung auch Impulse zur Überwindung der Umweltkrise, die eigentlich eine Kulturkrise sei.

Die sinnliche und aktive Nutzung des Raums ist für Rodewald auch

der Schlüssel für die Zukunft der Landschaft: «Ich bin überzeugt, dass Orte der Sehnsucht dort entstehen, wo der Einzelne mit seiner direkten, nicht materiell orientierten Tätigkeit einen Beitrag zur Pflege, Wahrung und Aufwertung des Natur- und Landschaftsraumes leistet.» Die Landschaftsgestaltung wird zum Prozess, der nicht nach einem genau vorgegebenen Plan abläuft und dessen Resultat sich auch nicht vorwegnehmen lässt. An Hand von teils schon verwirklichten, teils noch eher utopischen Beispielen skizziert der Autor diese Stossrichtung. Er erwähnt etwa jene fünf Gemeinden im Kanton Jura, denen es gelungen ist, den Verkauf von Obstsaft anzukurbeln und so die für die Landschaft der Baroque charakteristischen Obstbäume zu retten.

Insgesamt liefert das Buch kein pfannenfertiges Modell, aber eine Reihe von Denkanstössen. Es ist all jenen zu empfehlen, die sich grundsätzlich mit dem Thema Landschaft befassen wollen.

Peter Krebs



SD. Bernhard Hess hat in der Juni-Session drei parlamentarische Vorstösse eingereicht. Mit seiner Forderung «**Schulen ans Netz: Ausbildung statt Einwanderung**» will er künftig schon in den Grundstufen die Schüler mit dem Computer vertraut machen und so die von gewissen Wirtschaftskreisen geforderte Zuwanderung von Computerspezialisten aus dem Ausland verhindern. Analog dem deutschen Bundesland Bayern will er zudem **Sprachprüfungen für Einbürgerungswillige** einführen. Es darf nicht weiter angehen, dass – wie etwa unter der rot-grünen Regie in der Stadt Bern – Personen eingebürgert werden, die der jeweiligen Landessprache in keiner Weise in Wort und Schrift mächtig sind. Mit der längst fälligen Forderung zur Wiederverwertung von CDs und CD-ROMs (Text nebstehend) trägt Hess zudem dem ökologischen Aspekt des SD-Parlamentsrechnungs Rechnung.

Einen Achtungserfolg erzielte die Motion «**Schutz der Landessprachen vor englischsprachigen Fremdwörtern**». Pikanterweise waren es vor allem Grüne und Linke aus der Romandie, welche diese SD-Forderung aktiv unterstützten. Die Landesregierung musste zudem auf eine Frage von Bernhard Hess eingestehen, dass ein Austritt aus der EU äusserst schwierig, ja beinahe unmöglich ist.

Anlässlich der Debatte zur Volksinitiative «Ja zu Europa» und zum Gegenvorschlag des Bundesrates hielt SD-Nationalrat Bernhard Hess folgendes engagiertes Votum:

EU-Beitritt: Jetzt ist Ehrlichkeit angesagt!

«Am 21. Mai 2000 sind die bilateralen EU-Verträge deutlich angenommen worden. Es muss vorausgesetzt werden, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger damit zum Ausdruck bringen wollte, man müsse nun vorläufig auf die bilaterale Karte setzen und deren Auswirkungen genau beobachten. Ein Entscheid «EU-Beitritt ja oder nein» sei auf später zu verschieben. In dieser Haltung wurde die Bürgerschaft im Abstimmungskampf vom Gesamtbundesrat bestärkt. Da die Bilateralen Übergangsfristen von bis zu zwölf Jahren beinhalten, muss konsequenterweise der Entscheid betreffend EU-Beitritt für mehr als zehn Jahre aufs Eis gelegt werden.

Insbesondere unser Aussenminister will nun von einer so langen Wartefrist nichts mehr wissen. Vielmehr will er bereits jetzt den EU-Beitritt in die Wege leiten. All jene Bürgerinnen und Bürger, welche Herrn Bundesrat Deiss geglaubt haben, dass die Annahme der Bilateralen nichts, aber rein gar nichts mit einem raschen EU-Beitritt zu tun hätte, müssen sich nach den jüngsten Aussagen unseres EU-Anschluss-Turbos verschaukeln vorkommen. Bekanntlich hat Herr Deiss nur eine Woche nach der Volksabstimmung erklärt, dass

der EU-Beitritt nun nicht mehr ein strategisches Ziel, sondern ein in Arbeit befindliches Projekt sei. Diese Äusserung wird von einem grossen Teil der Bürgerschaft als Wortbruch empfunden. Herr Deiss, Sie haben das Volk angeschummelt!

Ohne Ehrlichkeit einer Regierung gegenüber der Bevölkerung kann aber ein demokratischer Staat längerfristig nicht existieren. Mangelnde Ehrlichkeit zerstört das Vertrauen und verunmöglicht die Zusammenarbeit. Das Prestige- und Machtbedürfnis des Bundesrates und der mit ihm verbundenen Politikelite verhindert diese Ehrlichkeit.

Neben dem EU-Anschluss-Volksbegehren, welches unverzüglich dem Volk vorzulegen ist, ist auch der Gegenvorschlag des Bundesrates der Bevölkerung zwingend zu unterbreiten. Bekanntlich wollten die Landesregierung und eine deutliche Mehrheit des Parlaments schon bei den bilateralen Verträgen vor dem Stimmvolk kneifen. Dieser kleinliche, peinliche und staatspolitisch schädliche Akt soll sich jetzt offensichtlich im Zusammenhang mit dem bundesrätlichen Gegenvorschlag wiederholen. Hat der Bundesrat etwa Angst vor dem

Volks? Ich hoffe nur, dass die Mehrheit des Parlaments dieses üble Spiel nicht mitmacht.

Der Wind aus Brüssel beeinflusst offenbar die Haltung des Bundesrates stark. Wer dort etwas gelten will, richtet sich nach dem Wind. Der Bundesrat, das diplomatische Corps, Chefbeamte und ein Teil des Parlamentes sehen direkte Vorteile darin, in Brüssel präsent zu sein und «mitreden» zu können, auch wenn dies auf Kosten der Mitentscheidungsrechte und wirklichen Interessen des eigenen Volkes geht. Der EU-Beitritt dient auch dem Prestige- und Machtbedürfnis der politischen Elite.

Das strategische Ziel des Bundesrates bleibt die EU-Integration. Kooperation, ein Weg, der den Gegebenheiten und den Interessen der Schweiz besser entsprechen würde, ist für den Bundesrat offensichtlich kein Thema. Dies, obwohl

bei einem Beitritt die grosse Gefahr besteht, dass ein wirtschaftlicher Nivellierungsprozess, der bereits durch die bilateralen EU-Verträge in Gang kommen wird, sich erheblich verstärkt.

Es würde sich lohnen festzustellen, welche Rolle den Interessen der internationalen Staatengemeinschaft und der Schweiz selber am besten entsprechen würde: die eines Anhängels an eine zukünftige Grossmacht oder diejenige eines eigenständigen neutralen Kleinstaates. Humanitär ausgerichtete, neutrale, wirtschaftlich starke Kleinstaaten, die ausgleichen können, gibt es wenige. Gäbe es mehr davon, wäre es ein Gewinn für das friedliche Zusammenleben der Völker.

Der EU-Beitritt wäre unwiderruflich. Die Reaktivierung des Beitrittsgesuchs ist deshalb zu unterlassen, das Volksbegehren «Ja zu Europa» wuchtig abzulehnen.»

Wir brauchen keine Weltregierung

Wer heute die offenen Märkte propagiert und so tut, als ob alles – wirtschaftlich, staatspolitisch und privat – beim Alten bleiben könne, ist entweder ein uninformierter Schwätzer oder ein gefährlicher, verschlagener Volksbetrüger! Offene Märkte nützen nur den Multis und Grossverteilern. Sie betreiben eine rücksichtslose Dumping-Politik, spielen Länder, Menschen, Tiere und Gesetze der einzelnen Gegenden und Staaten gegeneinander aus. Sie produzieren dort, wo kleinste Löhne und Sozialleistungen bezahlt werden müssen. Sie achten auf möglichst wenig Umwelt- und Tierschutz, denn so lassen sich Millionen einsparen. Sie ziehen jene Standorte vor, wo Sicherheitsauflagen mit einigen hundert Dollar Schmiergeld umgangen werden können. Da werden gefährliche Produktionsabläufe mit himmeltraurigen Sicherheitsvorschriften für Mensch, Tier und Umwelt abgewickelt.

Wer also offene Märkte propagiert, muss auch die Abschaffung der Nationalstaaten im Auge haben. Nur die Einewelt-Regierung kommt in Frage. Sie entwickelt die Einewelt-Gesetzgebung; die Einewelt-Polizei setzt diese Gesetze überall gleichmässig durch und falls notwendig, greift die Einewelt-Armee mit militärischer Macht ein. Heute sind wir auch in der Schweiz auf diesem Wege. Man will in die UNO. Diese UNO diktiert alles. Man beachte die Agenda (vom UNO-Gipfel in Rio) und unsere neue Bundesverfassung. Nach ihr steht internationales Recht und sogenanntes Völkerrecht (kein

Mensch weiss, was das genau ist) über unseren Volksrechten und über jeder Volksabstimmung. Damit sind die Weichen – auch in der Schweiz – bereits gestellt. Am meisten Kopfweh macht mir der traurige Umstand, dass diese Veränderungen durch eigene Landsleute und Verräter unserer Nation herbeigeführt wurden und andere das miese Vorgehen nicht durchschaut haben.

Wie aber liesse sich die Sache schnell und zügig stoppen – bevor wieder ein Krieg Millionen von Opfern fordern wird? Löhne und Erwerb der Bauern werden jetzt hier und EU-weit schrittweise und gewaltig reduziert. Diese Absenkung auf Weltmarktpreise wird nach der Annahme der bilateralen Verträge in der Schweiz ein Bauernsterben mit schwerwiegenden Konsequenzen für alle, nicht zuletzt für die Konsumenten, den Selbstversorgungsgrad und die internationale Erpressbarkeit unseres Landes haben. Wenn aber schon Märkte geöffnet werden sollen und Bauern mit chinesischen oder afrikanischen Berufskollegen konkurrieren müssen, sollen gleichzeitig auch alle anderen Saläre nivelliert werden.

Wir brauchen keine Weltregierung, keinen UNO-Anschluss mit dem fragwürdigen Sicherheitsratsmitglied China und keine Diktatur einer sozialistischen EU. Wir wollen frei, unabhängig und neutral bleiben und allen Staaten in der Welt vollwertiger Partner sein.

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Der ökologische SD-Vorstoss

Wiederverwertung von CDs und CD-ROMs



Ausrangierte CDs sind zu schade für den Abfall; sie bestehen aus teurem Kunststoff.

SD-Nationalrat Bernhard Hess beauftragt den Bundesrat, die Rücknahme und Wiederverwertung von CDs, CD-ROMs und Disketten entweder ergänzend in die «Verordnung über die Rückgabe elektrischer und elektronischer Geräte» (VREG) aufzunehmen oder in einer neuen Verordnung zu regeln.

65 Millionen CDs und CD-ROMs landen in der Schweiz jährlich im Abfall – Tendenz steigend. Die Scheiben aus Kunststoff liessen sich jedoch problemlos wieder verwerten. Damit das auch passiert, soll die Rücknahme und Entsorgung der gebrauchten oder nicht verwendeten Kunststoffscheiben in einer bestehenden oder neuen Verordnung geregelt werden.

Seit zwei Jahren gilt in der Schweiz die «Verordnung über die Rückgabe elektrischer und elektronischer Geräte» (VREG). Ausgediente Computer, CD-Player, Fernseher oder Kühlschränke dürfen seither nicht mehr im Kehricht oder Sperrgut landen. Sie müssen an die Händler, Hersteller oder Importeure zurückgegeben und separat entsorgt werden.

Die VREG gilt aber nicht für Datenträger wie CDs, CD-ROMs und Disketten. «Das sind schliesslich nicht elektronische Geräte», sagt Mathias Tellenbach von der Sektion Abfall beim Buwal gegenüber der Basler Zeitung (Ausgabe vom 18. Mai 2000). Bisherige Empfehlung des Buwal an die Konsumentinnen und Konsumenten: «Werft die CDs in den Kehrichtsack!» Beim Buwal gibt es bisher auch keine Zahlen darüber, welche Mengen CDs und CD-ROMs in der Schweiz jährlich in den Abfall gelangen. Rechnet man deutsche Erhebungen vom Umweltbundesamt (UBA) in Berlin auf die Schweiz um, so dürften bei uns 65 Millionen

Scheiben oder rund 1000 Tonnen anfallen. Tendenz bei dieser CD-Schwemme: rasch steigend. Viele der Computer-Magazine, Broschüren und Reklamen beigelegte Scheiben, etwa für einen Gratiszugang ins Internet oder für ein Computerspiel, gelangen fast postwendend wieder in den Abfall. Oder sie landen zusammen mit den Zeitungen im Altpapier – beim Papierrecycling später ein höchst unerwünschter Fremdstoff. Zwar verursachen die CDs, wenn sie via Hausmüll in den Kehrichtverbrennungsanlagen verschwinden, technisch keine Probleme. Doch das Verbrennen ist ökologisch und ökonomisch unsinnig. Experten sind überzeugt, dass der ökologische Wert des Recyclings zehnmal höher ist als etwa bei Glas.

Die CDs bestehen zu 99 Prozent aus Polycarbonat. Dieser aus Erdöl hergestellte hochwertige und teure Kunststoff kann wieder verwertet werden. In Deutschland wird insbesondere die Wiederaufbereitung fehlgepresster und veralteter Kunststoffscheiben längst erfolgreich betrieben. Aus alten CDs werden wieder Gehäuse für Drucker, Computer, Haushaltsmaschinen oder Autoteile hergestellt. Nach ähnlichem Muster wie bei der Batterienrückgabe in der Schweiz gibt es in unserem nördlichen Nachbarland ein Sammelnetz für CDs. So haben insbesondere Computerhändler einige hundert Sammelboxen in Läden aufgestellt. Mit gutem Erfolg: Die Rücklaufquote beträgt inzwischen immerhin zehn bis zwanzig Prozent.

In der Schweiz gibt es bis jetzt keine Sammelboxen in den Läden. Trotzdem nehmen erfreulicherweise sämtliche Händler, die dem Branchendachverband Swico (Schweizerischer Wirtschaftsverband der Informations-, Kommunikations- und Organisationstechnik) angeschlossen sind, die CDs

zusammen mit allem anderen Elektronikschrott zurück. Die Rücklaufquote ist zwar derzeit noch gering, denn der Konsument ist sich gar nicht bewusst, dass er CDs auf diese Art entsorgen kann. Bisher gibt es leider kaum Kundinnen und Kunden, die CDs zur Entsorgung zurückbringen.

Förderlich fürs Sammelbewusstsein wären sicher separate Sammelboxen nach deutschem Vorbild. Die Lebensdauer der Scheiben wird immer kürzer, die anfallende Menge grösser und damit das Sammeln und Rezyklieren auch in der Schweiz lohnender. Ein Konzept für das gezielte Sammeln von CDs zusammen mit Elektronikschrott hat die Entsorgungsfirma Immark in Kaltenbach (TG) geplant. Sie will es zusammen mit der Migros noch in diesem Sommer lancieren. Beim Buwal wird diese Initiative

offensichtlich mit grossem Interesse verfolgt. So Michel Monteil von der Sektion Abfall des Buwal gegenüber der BaZ vom 28. Mai 2000: «Sollten die Industrie und der Handel selber ein gut funktionierendes Rücknahmekonzept auf die Beine stellen, so könnte der Bund die separate Entsorgung von CDs und CD-ROMs ergänzend in die VREG aufnehmen». CDs hätten dann definitiv nichts mehr im Kehrichtsack zu suchen.

Bern, 5. Juni 2000,
Hess Bernhard (SD)



Austritt aus der EU unmöglich?

Auf seine Interpellation «Austrittsmöglichkeit aus der EU» (SD 3/2000) erhielt Bernhard Hess folgende Antwort des Bundesrates

«Rechtlich ist die Frage (der Austrittsmöglichkeit aus der EU) umstritten, denn der Austritt ist in den Gründungsverträgen nicht ausdrücklich vorgesehen. Politisch ist nicht denkbar, dass ein souveräner Staat gegen seinen Willen zum Verbleiben in der EU gezwungen werden kann. Diese Austrittsmöglichkeit ist auch eine Notwendigkeit für die EU, da jede zukünftige Entwicklung die Zustimmung jedes Mitgliedstaats erfordert.

Als «souverän» ist dasjenige Gemeinwesen zu bezeichnen, welches über die sogenannte Kompetenz-Kompetenz verfügt, d.h. die Befugnis besitzt selbst zu entscheiden, in welchem Politikbereich das Gemeinwesen tätig werden will und kann. In diesem Sinne bliebe die Schweiz im Falle eines EU-Beitritts souverän. Als souveräner Staat könnte sie auch nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, in der EU zu verbleiben, wenn sie sich später zu einem Austritt entschliessen sollte. Aus rechtlicher Sicht mag dies zwar von einer Minderheit der Lehre bestritten werden, denn der EU-Vertrag sieht die Möglichkeit des Austritts nicht ausdrücklich vor. Ein Austritt käme einer Vertragsänderung gleich, die der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedürfte¹. Politisch wäre jedoch ein Beitrittsentscheid nicht unumkehrbar.

Bis zum heutigen Tag hat nie ein Mitgliedstaat verlangt, aus der EU auszutreten. Immerhin können aber zwei Begebenheiten aus der Vergangenheit herangezogen werden, aus denen sich Hinweise auf eine Austrittsmöglichkeit ergeben: Zum einen waren die Bürger Grossbritanniens 1975, d.h. drei Jahre nach dem Eintritt dieses Landes in die EG, in einer Volksabstimmung aufgerufen, sich über den Verbleib in der EG auszusprechen. Die Durchführung dieser Volksabstimmung zeigt, dass die Regierung Grossbritanniens es als möglich erachtete, aus der EG auszutreten. Zum anderen haben sich 1982 die Bürger Grönlands, ein (mit innerer Autonomie ausgestattetes) Aussengebiet des EU-Staats Dänemark in einer Volksabstimmung 1982 dafür ausgesprochen, die EG zu verlassen. Daraufhin wurden die Gründungsverträge der EG geändert.

Die Frage der Austrittsmöglichkeit dürfte jedoch geringe praktische Bedeutung haben, weil ein Beitritt, der vor allem im Wirtschaftsbereich auf Dauer angelegt ist, Fakten schaffen und Entwicklungen auslösen würde (z.B. Landwirtschaft), die nicht leicht rückgängig gemacht werden könnten.»

¹ Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat sich beispielsweise in seinem Maastrichter-Urteil für die Bundesrepublik Deutschland ein Austrittsrecht aus der Gemeinschaft als letzte Möglichkeit beim Scheitern der Währungsunion vorbehalten.



Kanton Basel-Land



SD-Einbürgerungsinitiative zustande gekommen

Die Schweizer Demokraten haben in Pratteln ihre diesjährige Generalversammlung durchgeführt. Mit Genugtuung haben die 45 Anwesenden zur Kenntnis genommen, dass die SD nach den Gemeindewahlen vom 6. Februar in den Parlamenten der drei grössten Baselbieter Gemeinden Allschwil, Pratteln und Reinach je mit einer 3-köpfigen Fraktion vertreten sind.






Dass die SD weiterhin auch in Liestal eine Einwohnerratsvertretung haben und in Frenkendorf sehr gut abschnitten, zeigt auf, dass weiterhin mit der Partei zu rechnen ist. Obwohl die SD bei den Nationalratswahlen ihr Mandat verloren haben, blieben sie eine 10-%-Partei. Mittelfristig wird deshalb angestrebt, den Nationalratssitz zurückzuerobieren.

Die SD stehen nach den Landratswahlen (Budget 80'000 Franken), den Nationalratswahlen (Budget 130'000 Franken) und den Gemeindewahlen (Budget 40'000 Franken) schuldenfrei da. Sie haben auch die nötigen Unterschriften für die kantonale Einbürgerungsinitiative zusammengebracht. Diese Initiative verlangt, dass Einbürgerungswillige besser integriert sein müssen, als dies bisher oft (nicht immer!) der Fall war und dass Einbürgerungswillige auch unsere Sprache einigermaßen sprechen und verstehen sollen. Kantonalpräsident und alt-Nationalrat Rudolf Keller (Frenkendorf) wurde in seinem Präsidentenamt bestätigt. Vizepräsidenten sind Landrat Peter Brunner (Pfeffingen) und Einwohnerrat Max Ammler (Allschwil).

Nachdem es den SD gelungen ist, ihre Landratsfraktion zu verjüngen, wurden neu auch einige jüngere Mitglieder in den Kantonalvorstand gewählt. Dies sind optimale Voraussetzungen, um die Parteiaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit – wie geplant – weiter zu verstärken.

Medienmitteilung SD Baselland vom 11. Mai 2000

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberraar/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
JSD	SD-Sommerfest mit Nationalrat Bernhard Hess am Freitag, 30. Juni 2000, ab 20.00 Uhr im Schützenhaus in Walperswil	
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stamm jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurants Dufour in St. Gallen.
	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 10. Juli 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Linde, Buchs/ZH
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, erstmals am 6. Juni 2000, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf



St. Gallen

Die SD der Stadt St. Gallen gratulieren Annemarie Dörig und Roland Uhler herzlich zur Hochzeit!

Wir kämpfen weiter!

Jahresbericht des SD-Zentralpräsidenten Rudolf Keller (vom Juni 1999 bis April 2000) gehalten an der SD-Delegiertenversammlung vom 29. April 2000 in Wil

«Liebe Delegierte und Gäste

Vom Juni bis Oktober 1999 hatten wir viel zu tun mit den Nationalratswahlen. In 12 Kantonen kandidierten wir mit eigenen Listen und Leuten. Damit haben wir den Beweis erbracht, dass wir nach wie vor grosse Teile unseres Landes politisch abzudecken vermögen. Drei Sitze hatten wir, einen in Baselland, einen in Bern und einen in Zürich. Zwei mussten wir abgeben. Meinen Baselbieter Sitz verloren wir knapp wegen einem halben Prozent Verlust. Dennoch sind wir im Baselbiet ein stabiler 10%-Block geblieben. Aber das Wirken ist für unsere Partei schwieriger geworden, weil ich leider als Zentralpräsident nicht mehr im Nationalrat sitzen kann.

Für unsere Partei war meine Abwahl schlecht, für mich persönlich war sie sehr gut, denn ich habe jetzt mehr Zeit für meine Familie und ich kann mich endlich etwas erho-

gen, praktisch schuldenfrei aus dem Nationalratswahljahr heraus zu kommen.

Nagelprobe für die SD war das Referendum gegen die Bilateralen Verträge mit der EU. Wohl haben wir nicht alleine Unterschriften gesammelt, aber diese Sammlung lief unter unserer Koordination und Führung. Es ist uns gelungen, zusammen mit der Lega und weiteren Gruppen mühelos 67'000 Unterschriften zusammenzutragen. Dies ist der Beweis dafür, dass wir nicht auf die SVP oder den SVP-Ableger AUNS angewiesen sind, wenn wir ein Referendum machen wollen. Bereits das Referendum gegen die Lex Friedrich haben wir alleine zustande gebracht. Liebe Mitkämpferinnen und Mitkämpfer: Ich bin stolz auf Euch, wir haben die bilaterale Nagelprobe für unsere Partei bestanden! Dies ist der Beweis dafür, dass mit den SD politisch weiterhin zu rechnen ist. In ein-

Oberländer Freunden sehr gut organisiert. Etwas über 200 Leute waren anwesend. Der harte Kern der SD-Familie fand sich zusammen mit unserem Lega-Freund Flavio Maspoli, und es war eine gute Gelegenheit, mal abseits der Traktanden miteinander zu reden, zu lachen und zu singen.

Bei den Basler Verfassungsratswahlen haben wir die 5%-Hürde überschritten und 2 Mandate gewonnen. Die Baselbieter Gemeindewahlen brachten eine Stabilisierung, indem wir nach wie vor 12 Mandate auf Gemeindeebene haben, darunter je eine Dreierfraktion in den drei grössten Baselbieter Gemeinden Allschwil, Pratteln und Reinach.

Noch sammeln wir im Kanton Aargau und im Kanton Baselland Unterschriften für eine Einbürgerungsinitiative. Auch bei diesem Thema wollen wir am Ball bleiben. Viel Arbeit wurde im Zentralsekretariat, unter der Leitung von Zentralsekretär und Chefredaktor Bernhard Hess geleistet. Danken möchte ich an dieser Stelle insbesondere Lidwina Wiederkehr mit Familie, Rahel Keller, Alexander Nyffenegger, Lonny Flückiger, Kurt Koller und Dragan Najman für ihre Arbeit in verschiedenen wichtigen Chargen. Ein herzliches Dankeschön gebührt an dieser Stelle auch der Geschäftsleitung, dem Zentralvorstand, allen Vorständen der Kantonal-, Regional- und Ortsparteien und allen momentan 51 aktiven Parlamentsmitgliedern der SD für ihre Arbeit. Für unser Fortkommen entschei-



Bereits im 15. Amtsjahr: SD-Zentralpräsident Rudolf Keller.

end ist es, dass wir in den Kantonsparlamenten von Aargau, Baselland, Baselstadt, Bern und Zürich fest verankert bleiben, nach wie vor munter am Ball sind und unsere Opposition immer wieder vortragen.

Unsere Parteizeitung «Schweizer Demokrat» wird von Mal zu Mal besser.

Und der Internet-Auftritt der SD ist Spitze. Danke auch allen, die daran mitarbeiten.

Als kleine Partei leisten wir beachtlich viel Arbeit. Danke allen, die immer wieder von Neuem mit-helfen, unser Parteschiff voranzubringen.»



Ein gutes Team: Lonny Flückiger, 1. Zentralvizepäsidentin, und Rudolf Keller.

len von meiner jahrelangen Überbeanspruchung. Dass wir im Kanton Zürich unter die SVP-Räder kamen und den Sitz von Hannes Steffen verloren haben, ist bedauerlich, aber als Faktum hinzunehmen. Ich danke an dieser Stelle Hannes Steffen für seine jahrelange gute, fundierte politische Arbeit, die er im Nationalrat geleistet hat. Generell haben wir überall, wo wir antraten, etwas Stimmen verloren, auch in Bern, aber immerhin konnten wir unseren Berner Sitz halten. Bernhard Hess wird nun fortan unsere Fahne im Bundeshaus hochhalten, und er macht das gut. Währenddem der LdU aufgelöst und die FPS praktisch ganz vom politischen Fenster weg ist, leben aber die SD doch sehr munter weiter. Immerhin ist es uns gelun-

zwei Jahren werden wir das nächste eidgenössische Referendum gegen die neuerliche Vorlage zur erleichterten Einbürgerung machen und gewinnen. Nun geht's aber zuerst in den Kampf gegen die Bilateralen Verträge mit der EU.

Im letzten Amtsjahr hatten wir drei Zentralvorstands- und zwei Geschäftsleitungssitzungen durchzuführen. Der Zentralvorstand fasste folgende Parolen: JA zur Initiativen-Beschleunigung, JA zur Justizreform, JA zur Initiative gegen künstliche Befruchtung, NEIN zur Frauenquoten-Initiative und NEIN zur Verkehrshalbierungsinitiative.

Die 1.-August-Feier auf dem Beatenberg war von unseren Berner-

EU traut sich selbst nicht über den Weg

SD. Dieser Tage verweigerte das Strassburger Europaparlament die Entlastung der EU-Kommission in Bezug auf deren Haushalt von 1998. Begründet wurde das weit mehrheitliche Nein mit mangelnder Aufklärung «diverser Fälle von Missmanagement und

Betrug» bei den Brüsseler Kommissaren. Damit nicht genug, schob das EU-Parlament die Entscheidung über die Entlastung auch des eigenen Haushalts auf – «wegen Schlampereien und Vetterwirtschaft bei der Stellenbesetzung».

**Schweizer
Demokraten**





Kanton Thurgau

**Sauhäfeli – Saudeggeli****Protest der SD Thurgau an den Regierungsrat**

Es stand in den Zeitungen, der Regierungsrat hat einen neuen Informationschef ernannt. Der Radiojournalist Walter Hofstetter von Braunau, zuständig für die Berichterstattung aus dem Thurgau im Regionaljournal von Radio DRS, St. Gallen, ist der Auserwählte. Gegen diese regierungsrätliche Ernennung protestieren die Schweizer Demokraten in aller Form. Die Wahl Hofstetters ist für viele Bürger unverständlich. Sie sehen darin einen Affront gegen demokratische Spielregeln, eine Art Belohnung für missbräuchliche Informationspraktiken Hofstetters, für die Unterdrückung einer kritischen und konstruktiven Opposition. Hofstetter hatte drei Wochen vor den letzten Regierungsratswahlen im Thurgau mit viel Liebe die neuen Kandidaten der CVP und SP (Koch und Graf) am Freitagabend im Regionaljournal vorgestellt. Auf Anfrage erklärte sein Studio in der folgenden Woche, der SD-Kandidat erhalte ebenfalls eine Chance. Diese bestand zwei Wochen vor den Wahlen aus drei Fragen, die per Telefon beantwortet werden sollten. Als SD-Regierungsratskandidat Willy Schmidhauser erfuhr, dass die bereits ausführlich vorgestellten Kandidaten Koch und Graf auch da voll mitmachen könnten und die banalen drei Fragen zugefaxt erhielt, war er nicht

mehr bereit, dieses Theater mitzumachen. Hofstetter hat es aber auch immer wieder verstanden, als Verantwortlicher beim Radio in St. Gallen die Opposition – ganz besonders die Schweizer Demokraten – zu benachteiligen oder überhaupt zu verschweigen. Dies gilt für National- und Ständeratwahlen, Kantonsratswahlen und Sachabstimmungen. Sogar bei SD-Referenden oder -Initiativen hat Hofstetter manipuliert. Nicht vergessen ist auch sein Radio-Kommentar nach dem Nein zur Kantivorlage «Die Gegner hatten keine sachlichen Argumente...» – obwohl ein ganzer Katalog von Argumenten in den Thurgauer Medien vor der Abstimmung vorgestellt wurde. Die Berufung Hofstetters durch einen Regierungsrat, in dem jetzt auch die Herren Koch und Graf sitzen, für die der Berufene so einseitige und liebevolle Regierungsrats-Werbung gemacht hatte, hinterlässt den Anschein einer staatlichen Belohnung nach dem Motto «Sauhäfeli – Saudeggeli»! Natürlich von alljahren finanziert, die sich kaum gegen die Manipulationen von Regierenden (Macht) und Medien wehren können, dafür immer weniger an den Urnen anzutreffen sind.

Medienmitteilung der SD Thurgau vom 27. Mai 2000

«Unwahre Leserbriefe» – letzte Freiheit geschleift!

Ende Mai ist in den Tageszeitungen die Meldung erschienen «Unwahre Leserbriefe sind zu berichtigen», die der Schleifung des letzten freien Bollwerkes in unserem Lande gleichkommt. Der Presserat, eine selbsternannte «Kontrollinstanz» der Schweizer Journalisten mit Sitz in Interlaken, hat beschlossen, inskünftig Leserbriefe mit «unwahrem Inhalt» zurückzuweisen. Würden sie schon publiziert, ist der LB im Nachhinein zu berichtigen. Soweit die Aussagen dieses Presserates, in dem neu auch Sigi Feigel sitzt und der von Prof. Dr. Roger Blum, Neumatt 1, 3323 Bärswil präsidiert wird. Als Anmerkung: Die SD Thurgau hat diesen Presserat in etwa drei eindeutigen Fällen angerufen. Immer wurde alles so zurechtgedreht und für einen normal denkenden und fühlenden Menschen hingebo-

gen, dass es zum Himmel gestunken hat. Prof. Blum gehört zu jenen Schweizern, die uns in dieses gegenwärtige und umfassende Desaster geführt haben.

Zurück zur obigen Verlautbarung: Bisher war die Redaktion zuständig für anständige und korrekte Formulierung, für richtiges Deutsch und vertretbare Satzbildung. Der Schreiber eines Leserbriefes aber konnte vor den Kadi gezogen werden; er war haftbar, wenn etwas nicht «wahr» war, das er geschrieben hatte. Doch die Rassismuskommission will auch hier noch ausmisten und präventiv wirken. Neu ist eben die Redaktion verantwortlich; die Frage ist nur, gegenüber wem? Denn bekanntlich wurde kein Gesetz geändert, ausser der § 261^{bis} ist neu dazu gekommen...

Nun könnte man ja sagen, neu hat eben die Redaktion die Sache im Griff. Doch genau da liegt der «Hund begraben» für die Redefreiheit in unserem Lande. Die meisten Redaktoren sind sicher keine Schweizer Demokraten; im Gegenteil, ihre politische Heimat liegt in der Multikultur, EU und besonders häufig im linken Spektrum. Sie werden also alles tun, um Meinungsäusserungen der Schweizer Demokraten zu verhindern. Immer und in heuchlerischer Form werden sie auf ein «Risiko» hinweisen – selbst dann, wenn von Überfremdung, missbräuchlicher Einwanderung, realer Kriminalität, Verlust unserer Identität usw. die Rede ist und ganz bestimmt nicht von Rassismus.

Der Presserat gibt also seinen Journalisten ein Repressions-Instrument in die Hand, was er gar nicht dürfte. Die Beschneidung des freien Wortes ist ganz bestimmt nicht Sache der Journalisten. Wenn schon solche Entscheide getroffen werden sollen, müssten Sie dem Volke vorgelegt werden, denn sie betreffen unsere Demokratie und Meinungsfreiheit grundsätzlich! Protestieren Sie darum anständig und korrekt beim Presserat gegen diese eigenmächtigen Machenschaften und verlangen Sie die Rücknahme solcher Praktiken! (Presserat, Bahnhofstr. 5, Postfach 201, 3800 Interlaken)

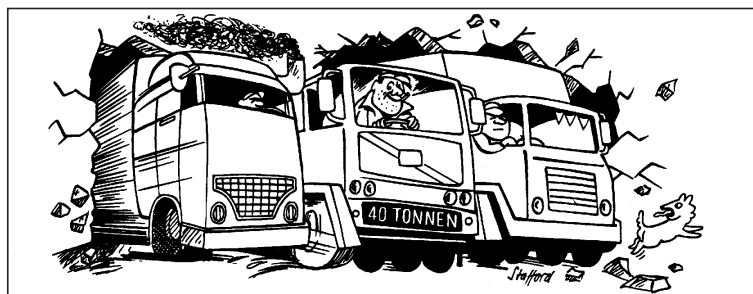
Willy Schmidhauser, Präsident, SD Thurgau

**Im Tirol Erfahrungen sammeln**

Der endlose Kampf der Tiroler Talschaften gegen die Hölle des Transit-Schwerlastverkehrs der 40-Töner strebt einem neuen Höhepunkt zu. Am 23. und 24. Juni, zwischen Fronleichnam und Sonntag, wenn die Blechlawine auf der Nord-Süd-Traumroute wieder Stossstange an Stossstange rollt, packen die Bürger den Teufel beim Schwanz und sperren ihn 29 Stunden aus seiner Hölle aus. Brenner-Autobahn unpassierbar! Aber der Teufel heisst «EU», sitzt in Brüssel und pocht auf das Landverkehrsabkommen des damals noch freien Österreich mit der «EU». Fritz Gurgisser, Präsident des Transitforums und eine Reinkarnation Andreas Hofers, aber gab sich am Montag zur Pressekonferenz in Innsbruck furchtlos. Die «EU»

habe alle Verträge gebrochen, sogar die Konvention zum Schutz der Alpen. Schweizer Bürgerinitiativen und Umweltschützer können an den beiden Tagen am Brenner bereits Erfahrungen sammeln, wie das geht im Kampf mit der Staatsmacht, die unter dem Vorwand der «gemeinsamen Souveränität» und der Vollzogenen Mitbestimmung» EU-Recht gegen die eigenen Bürger durchsetzen muss. Schliesslich ist der Teufel gerade eingeladen worden, seine Verkehrshölle inskünftig auch im hehren Vaterland zu eröffnen.

Dr. Johanna Christina Grund, Abgeordnete des Europäischen Parlaments 1989 bis 1994, gelesen im aussenpolitischen Wochenkommentar vom 27. Mai 2000



JSD  -Standpunkt

Die «andere» Jugend



Alexander Nyffenegger, Stv. SD-Zentralsekretär, Bern

Führt man sich die zeitgenössischen Informationsinstrumente zu Gemüte, so entsteht leicht und schnell der Eindruck, dass die Jugendlichen der Moderne unter dem Einfluss des hedonistischen und oberflächlichen Lebensstils einerseits und aufgrund unitär-sozialistischer Massenmanipulation andererseits fast einhellig die politische Korrektheit ihrer kopfnickenden und vaterlandsverräterischen Gesellschaftsmentoren bedingungslos akzeptiert haben. Gegenstand solcher absolut nachvollziehbarer Befürchtungen ist nicht zuletzt die alljährlich im Bundeshaus abgehaltene Jugendsession, die seit ihrer Entstehung immer sehr zwiespältigen Charakter besessen hatte. Dies beruht wohl auch auf der medialen Vermittlung durch Organe, die in Bezug auf einseitige Berichterstattung linker Prägung immer wieder aufgefallen waren. So wurde zum Beispiel stets die Imagination kolportiert, junge Teilnehmer des eher sozial-konservativen und patriotischen Feldes seien nicht einmal anwesend (was vielleicht sogar den Tatsachen entspricht, wenn dem Betrachter Atmosphäre und Bilder des Anlasses vor Augen geführt wurden), zumal die Debatten der Nachwuchspolitik nicht gerade durch kritische Auseinandersetzungen glänzten.

Es wird häufig von Medien wie auch von Organisatoren jugendlicher Veranstaltungen der Versuch unternommen, die junge Generation in einem Licht erscheinen zu lassen, wo die mentale Gleichschaltung gegenüber dem tiefenden Verständnis für ausnahmslos alle Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die vorwiegend

von der so genannten politischen «Rechten» regelmässig kritisiert werden, scheinbar wunderbar funktioniert hat. Ausgeblendet werden meistens jene jungen Leute, welche eben nicht in diesen gleichgeschalteten Raster passen und eine etwas andere Auffassung in Fragen der politischen und sozio-kulturellen Ko-Existenz zwischen Minder- und Mehrheiten vertreten.

Dieses verschrobene Bild des forcierten Meinungs- und Gedankenexorzismus' findet sich in nahezu sämtlichen Verbänden und nationalen wie internationalen Jugendorganisationen, die selbstverständlich unter sozialdemokratischer Schirmherrschaft leben, aber offiziell den überparteilichen Heiligenschein aufstülpen. Es gibt sie jedoch, die «andere» Jugend. Selbst wenn die moralinsaure «Liebe-und-Friede»-Plattitüde der spätberufenen Blumenkinder ein Übergewicht darstellt, kann die Existenz der zwar bonvivantischen aber auch realo-aufopferungsvollen und im vernünftigen Sinne «staatsbürgerlichen» Jugend niemals einfach so weggeredet werden. Denn diese Jugend ist – obwohl in ständiger Opposition zum linkslastigen Müsiggang innerhalb jungkultureller Einrichtungen und Intendanten – omnipräsent und versteht es glänzend, ihre Feste zu feiern. Diese Jugend ist aber auch intelligent genug zu wissen, dass sie sich von bestimmten exzessiven Kreisen distanziert, denn die staatsbürgerliche Vernunft räumt zwar sehr wohl auch dem Extremismus seinen Platz ein, kann und darf sich aber nicht in politische Kooperation mit dem Totalitarismus begeben. Doch diese Jugend weiss das sehr wohl, zumal sie sich selber mit den Adjektiven schmückt, die den Freiheitsgedanken auszeichnen: schweizerisch und demokratisch.



Von der «Honig-Revolte» 1980

20 Jahre sind es nun her, seit die autonome Jugendbewegung ihrem fragwürdigen Unmut freien Lauf gelassen hatte und in halb nostalgiegezeckter Andacht an die 12 Jahre zuvor eskalierte Pseudo-Emanzipation einiger gelangweilter Chaoten vorwiegend die Städte Zürich und Bern verunsicherte. Der Spätfrühling 1980 erschien aus diesem Grunde wie ein süsses Überbleibsel oder gar schon verstaubte Reliquie, welche lediglich aus der Mottenkiste geholt wurde, um zum wiederholten Male gegen den ach so bösen und verständnislosen Staat zu revoltieren.

Die autonome Szene wurde damals aktiv unter dem Vorwand, ein Jugend- und Kulturzentrum für sich beanspruchen zu wollen, was jedoch bereits im Ansatz als Mittel zum Zweck entlarvt wurde. Tatsächlich ging es den Mittel- und Spätpubertierenden ausschliesslich um die lange herbeigesehnte Möglichkeit, die anhaltende Ruhe und Ordnung zu erschüttern und dabei vor immenser Sachbeschädigung nicht zurückzuschrecken, was vor allem in Zürich während der darauffolgenden Jahre immer wieder Konjunktur hatte («Wohlgroth», 1. Mai usw.).

Der Nachweis für diesen inszenierten «Kurzausbruch aus der bürgerlichen und vollgefressenen Langleweile» liegt darin verankert, dass etliche Beteiligte und sogar eigentliche Rädelsführer aus dieser Epoche heutzutage genau diese staatlichen und administrativen Posten und Positionen innehaben, gegen die sie vor 20 Jahren aufbegehrt hatten; ungefähr analog der romantisierten 68er Intendanten, die sich im Laufe der Zeit dem Kapitalismus zuwandten, weil das süsse Leben des Honigs und der materiellen Sicherheit offensichtlich immer noch überzeugender ist als existenzieller Notstand aufgrund von anarchistischer Fehlleitung. Folglich würde nun eine etwas andere Sicht der Dinge, derer die halbe Medienlandschaft in diesen Tagen gedenken wird, wahrscheinlich aufschlussreicher ausfallen. Es wäre nämlich begrüssenswert, hier und jetzt die Chaoten von gestern auf ihre gesellschaftliche Position heute anzusprechen, anstatt der Quasi-Huldigung von relativ widerlichen Episoden unserer Wohlstandsgesellschaft zu fröhnen und darüberhinaus noch die Gefahr eines Wiederholungseffekts in Kauf zu nehmen.

Alexander Nyffenegger, Bern



Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Auf Mist gebaut

Expo 2000 Schweiz-Pavillon zeigt nicht unsere Identität

Weder unsere Politiker noch die «Kulturverantwortlichen» unternehmen etwas gegen die identitätsfeindlichen Aussagen der Schweizer Pavillons an den Weltausstellungen.

Das neueste Beispiel an der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover, für die die Verantwortlichen für unser Land sich ein riesiges Holzlager als «Gesamtkunstwerk» ausgedacht haben. Was soll dieses

angeblich über 15 Millionen teure, visionäre «Gesamtkunstwerk» einbringen? Was seit den 80er Jahren diesen fragwürdigen Ausstellungen stets gemeinsam war, ist die «Umweltverträglichkeit». Es sind mit anderen Worten reine Werbeausstellungen für den europäischen «ökologischen Umbau der Gesellschaft», der uns ja nichts als Kosten und Ärger gebracht hat.

Wer erinnert sich nicht an die dummen Sprüche wie «Die Schweiz existiert nicht» oder «700 Jahre sind genug»? Kein Wunder, dass man keine Sponsoren aus der Wirtschaft mehr findet für solchen «Mist». Auch die Usa haben die Teilnahme an der Expo von Hannover abgelehnt. Ein ähnliches Malaise hat man mit der Sponsorensuche für die – zulasten der Steuerzahler – rund 1,5 Milliarden teure Expo-01-02.

Albert Stocker, Riniken

Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Europa

Dr. med. Olena Geissbühler, a. Stadträtin, Bern

In Tschetschenien tobt heute ein Vernichtungskrieg. Russland versucht mit all seiner Macht das kleine Land, das um seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seit Jahrzehnten kämpft, einmal mehr zu besiegen und zu unterwerfen. Die Zahl der Toten und das menschliche Leid sind enorm, das Land ist verwüstet.

Der Westen kritisiert kaum das brutale Vorgehen der russischen Machthaber. Ja, der Westen ermöglicht direkt oder indirekt durch millionenschwere Schuldenerlasse und neue Kredite diesen Holocaust. Es finden keine Demonstrationen statt, es erfolgen keine Sanktionen und es gibt keine kollektive Empörung gegen diese Gewalt. Einmal mehr bleiben Menschenrechte und Selbstbestimmung eines Volkes auf der Strecke. Einmal mehr soll ein Volk unterjocht werden.

Der Völkermord in Tschetschenien, der Völkermord in Tschetschenien, mit dem Vorwand der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates to-

leriert wird, muss mit dem Völkermord Hitlers am jüdischen Volk während des Zweiten Weltkrieges und mit dem Völkermord Stalins am ukrainischen Volk in den Jahren 1932–33 gleichgestellt werden. Hitlers Holocaust wird heute systematisch aufgearbeitet, die Opfer werden entschädigt und Hitlers Vorgehen zu Recht scharf verurteilt. Das heutige Gemetzel in Tschetschenien und Stalins Wüten in der Ukraine werden bis heute bewusst ignoriert und verdrängt. Tatsache ist, dass im Winter 1932–33 bis zu 10 Millionen Ukrainer, die Hälfte davon Kinder, qualvoll verhungerten oder an den Folgen der Hungersnot starben. Sie wurden Opfer der Zwangskollektivierung und der gleichzeitigen Konfiskation sämtlicher Ernten und Lebensmittel (inklusive Saatgut) durch die Rote Armee. Mit dieser vorsätzlich verursachten Hungersnot wollte Stalin das ukrainische Volk vernichten. Damals wie heute war der Westen über diese Katastrophe informiert, unternahm

aber nichts. Bis heute gibt es noch immer keine Aufarbeitung dieses Verbrechens, kein Gedenken an die Opfer, keine Entschädigung der Nachkommen, keine Strafe oder Verurteilung der Täter.

Es ist eine traurige Tatsache, aber Verbrechen an der Menschlichkeit finden noch immer statt und es ist

noch trauriger, dass keine Massnahmen dagegen ergriffen werden. Der Westen muss endlich aufhören aus ideologischen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen Verbrechen dieser Art zu dulden, zu verdrängen und zu verharmlosen. Dem Morden und der Zerstörung in Tschetschenien muss endlich Einhalt geboten werden.

In der Fragestunde des Nationalrats vom 13. Juni 2000 wurde SD-Nationalrat Bernhard Hess zu dieser Problematik wie folgt vorstellig:

Europarat und der Völkermord in Russland (Tschetschenien)

Der Europarat hat ausdrücklich auf eine Kritik an den Völkermord-Praktiken Russlands in Tschetschenien verzichtet. Nicht verzichtet hat der Europarat auf Kritiken an der demokratisch gewählten Regierung Österreichs.

Hält der Bundesrat die Europarat-Mitgliedschaft der Schweiz – des Landes des Roten Kreuzes sowie freiheitlich-demokratischer und humanitärer Traditionen – noch für verantwortbar?

Hilferuf aus Emmen

Panik herrscht in der Regierung. Der Grund ist wieder einmal das unfähige, böse Volk. Man versteigt sich sogar dazu, Andersdenkende, welche in Sachen Ausländerpolitik und Einbürgerungen nicht schön stillschweigend überall zunicken, als Rassisten zu betiteln. Offensichtlich haben Behörden und linke Kreise aus der Vergangenheit (Gewaltakte; riesige Probleme an Schulen und in Quartieren) immer noch nichts gelernt. Weiterhin gilt: verheimlichen, verharmlosen, beschönigen. Dabei muss einmal ganz klar festgehalten werden: Das grundsätzliche Recht auf Einbürgerung gibt es nicht Gewisse relevante Daten, welche für den Einbürgerungsentscheid nicht unwesentlich wären, werden aufgrund des Datenschutzes nicht in die Unterlagen aufgenommen.

Ein Vertreter, der Gegner der Urnenabstimmung meinte, nur anhand eines Fotos und einiger Daten könne das Volk die Gesuche nicht beurteilen. Ausserdem würden die Stimmbürger die Einbürgerungswilligen überhaupt nicht kennen, deshalb seien solche Entschiede nicht möglich. Doch das Verfahren im Gemeinderat ist keineswegs anders. Die Gemeinderäte von St. Gallen bekommen ein halbes Dutzend Blätter, vollgedruckt mit Namen von Einbürgerungswilligen, in die Hand gedrückt. Sie kennen die Gesuchsteller nicht, haben sie weder gesehen noch mit ihnen gesprochen und geben ihre Zustimmung, obwohl keiner der Räte eine Ahnung hat, wen er da einbürgert. Schon mehrmals benötigten Bürgerrechtskandidaten einen Dolmetscher, andere können weder lesen noch schreiben. Auch die erleichterte Einbürgerung der 2. und 3. Generation ist absolut falsch, wenn zu Hause doch ausschliesslich die eigene Kultur und Religion gelebt wird. Somit sind sie in ihrer eigenen Mentalität verwurzelt und nicht in der unseren, was durch die Verleihung des Schweizer Passes nicht plötzlich geändert wird. Die Bürger von Emmen haben entschieden, und sie werden ihre Gründe haben. Einer davon wird die seit Jahrzehnten verfehlte Ausländerpolitik unserer Regierung sein. Sogar der alles schluckende, bis zur Selbstaufgabe getrimmte Schweizer stösst irgendwann an seine Grenzen. Trotz allem wird eingebürgert und über Nacht simsalabim, wird der Ausländeranteil schlagartig gesenkt. Denn dies ist der Zweck des Ganzen. Die übermässige Einwanderung wird weiterhin nicht eingedämmt, es wird bloss Zahlenkosmetik betrieben.

S. Roth, Niederuzwil

«Schweizer» Radio und Fernsehen lähmten die Stimmwilligen!

52,6% der Stimmberechtigten, 2'472'463 Schweizerinnen und Schweizer konnten sich nicht für ein Ja oder Nein entscheiden, respektive beteiligten sich nicht an der sehr folgenschweren Abstimmung. In gewissen Ländern wäre eine solche Abstimmung mit so niederer Stimmbeteiligung ungültig gewesen! Die Nicht-Stimmenden und Befürwortenden tragen die Verantwortung für die Folgen der sehr schlechten bilateralen Verträge!

Werner Henzi, Zürich



Bilatéralement vôtre

Ce premier cap est passé à la plus grande satisfaction de nos conseillers fédéraux et de tous les euroturbos comme la presse les appelle qui s'empressent de traduire l'acceptation des bilatérales comme un oui à l'Union Européenne. Pourtant, lors des différentes confrontations médiatiques avant le 21 mai, tous ces convaincus de l'UE promettaient la main sur le coeur, de ne pas insister sur l'adhésion rapide en cas de succès.

Le second point noir, ce sont les médias qui se gardent bien de souligner que seuls 48% de la population a été voter et que les 67.2 % de OUI sur le plan fédéral, ou pour Genève, 78.8% de OUI avec une participation de 58%, n'est pas un ras de marée et une preuve suffisante pour affirmer que la Suisse est pratiquement entrée dans la gueule du loup. D'ailleurs la télévision française n'a fait aucune allusion à ces votations, ce qui signifie que l'arrogance de ce pays vis-à-vis de petites entités comme l'Autriche, membre, ou la Suisse, un canton rebelle du Royaume des Gaules, peuvent être traitées sous la jambe.

Heureusement que l'Autriche menace de bloquer les institutions européennes si l'UE ne lève pas les sanctions prises contre elle. Espérons qu'une telle mesure sera appliquée avant la fin de la présidence portugaise qui se termine le 30 juin au profit de la France. et c'est réjouissant de voir toute la presse et les médias audiovisuels suisses reconnaître l'inanité de leurs conclusions quant au bon vouloir du peuple helvétique à capituler devant un si petit pourcentage réel de OUI. D'ailleurs les cantons du Tessin et de Schwytz ont dit NON.

Ajoutons qu'une fois de plus, les troublions parlent de «barrière de rôsti» parce que les cantons romands ont été plus enthousiastes tels Vaud 80%, Neuchâtel 79,4%, le Jura et le Valais plus de 70%, qui ont mieux voté que les cantons de Suisse alémanique. Merci à nos frères plus clairvoyants. Un nouveau sondage s'avérait nécessaire pour mesurer l'ampleur de ces différences. Et les résultats sont là. Plus de 90% de ceux qui ont voté OUI l'ont fait dans l'espoir de mettre un terme à la demande d'adhésion. Pascal Couchepin le grand maître des cérémonies n'a d'ailleurs jamais varié dans ses déclarations, maintenant que la demande d'adhésion ne serait prise qu'après mûre réflexion et surtout après avoir pesé les ré-

sultats qu'apporteront les accords bilatéraux, car à prion' la Suisse a beaucoup plus à perdre qu'à gagner.

Le premier danger c'est la libre circulation des personnes et des biens, avec à la clé la suppression des contrôles douaniers. Par conséquent les voyous lyonnais ou thononais qui n'ont pas attendu cette ouverture, continuant à se précipiter sur les grosses cylindrées garnissant les places de parcs de Genève ou de Nyon, pour commettre des vols au bélier dans les bijouteries ou les officines de change avant de s'enfuir sous le nez des douaniers médusés. Les pauvres gars aidés par l'armée devront s'habituer à cette voyoucratie.

Et ce n'est que le commencement d'une plus importante immigration, vu que les pays en attente d'adhésion comme la Hongrie, la Pologne, Chypre, la Roumanie, la Tchèque et la Slovaquie, verront leurs populations qui ont des salaires 10 fois inférieurs à ceux des Européens, venir chercher du travail leur octroyant un pouvoir d'achat 25 fois supérieur. Ce différentiel une fois installé durera des décennies, car les chercheurs disent qu'il faut une trentaine d'années pour réduire de moitié un tel écart de revenus. L'Autriche, l'Allemagne, la Grèce, l'Italie et la Finlande sont les pays frontaliers les plus exposés qui prévoient une immigration de 335.000 personnes par an. Lorsqu'on sait qu'1 % d'immigrés dans une branche provoque des diminutions de salaires allant de 0.25 à 0.60% en Allemagne surtout dans le textile, la construction et la chaussure, avec en corollaire des licenciements plus nombreux, il n'est pas difficile de peindre le diable sur la muraille.

Et rebelotte

Pascal Couchepin n'allait pas s'arrêter en si bon chemin pour augmenter ses lauriers, il entame un deuxième round de bilatérales et il est déjà parti pour Bruxelles au lendemain des votations. Ayant compris que l'initiative des jeunes qui demande une adhésion rapide à l'UE n'a aucune chance de succès, il prend les devants pour ne pas a perdre l'acquis du résultat satisfaisant des accords bilatéraux. Cette partie de poker comprend: la participation à une série de programmes dans le domaine de la formation, des médias, des statistiques, de l'environnement, du libre échange de produits agricoles transformés,

l'accès aux marchés publics des services et de la finance, la conclusion de conventions parallèles sur Schengen.

En contre partie, l'UE demande la levée du secret bancaire (qui n'a aucune chance tant que le Luxembourg, le Lichtenstein ou d'autres paradis fiscaux ne feront pas de même) la fraude douanière et naturellement une harmonisation fiscale commençant par les impôts sur les avoirs bancaires. (Attention aussi à la TVA).

Il y aurait encore des dizaines de points à soulever, comme le passage des camions de 40 tonnes plus les autres. Déjà l'Autriche se bat pour que Bruxelles applique le système. d'écopoints qui prévoyait une diminution du trafic dès 1995 et rien n'a été fait. Le trafic des camions augmente et au Tyrol, la région la plus touchée, c'est la grogne. Plus de 1.7 million de camions polluent ce pays, malgré l'accord qui prévoyait une diminution annuelle de 330.000 trajets jusqu'en 2003.

La Suisse a de quoi se faire du souci, surtout que la construction des tunnels qui coûte plus de 40 milliards de francs suisses (des chiffres en dessous de celui-ci sont faux) sont en pleine construction et le chantier durera dix ans.

Comme les accords ont plus de 800 pages, combien de citoyens les ont lues et quel est le journaliste qui aurait le courage de reprendre chaque paragraphe pour des analyses. Quand on voit de plus des réglemens aussi bêtes que le diamètre des fraises, la forme des concombres, la glace obligatoire sur l'étal des marchés de Provence ou la longueur des bananes, il vaut mieux les lire, les oublier et refuser de les appliquer. Les chasseurs français nous montrent l'exemple les Valaisans aussi lorsqu'il s'agit du loup et du lynx ou des appellations contrôlées, les Belges qui exportent les oeufs à la dioxine ou pour agrandir le nombre des neinsager, l'application des directives sur les OGM.

Charlotte Morel, Genève

Questions du conseiller national (DS):

L'initiative «Non à l'EU» est programmée



Bernhard Hess, Conseil national, Berne

67,2% de oui aux accords bilatéraux, c'est une claire défaite pour vous?

Bernhard Hess: Nous nous sommes battus contre une large phalange: tous les partis politiques, le Conseil fédéral, les syndicats, les grandes associations patronales. Nous avons perdu dans une proportion de deux contre un. Nous acceptons la défaite, mais nous prenons le Conseil fédéral au mot: c'est un oui aux sept dossiers sectoriels, mais ce n'est en aucun cas un oui à l'Europe, comme la Suisse romande pourrait l'interpréter.

Vous allez donc repartir de plus

belle contre l'initiative du Nomes qui sera discutée très prochainement au parlement?

Nous nous réjouissons beaucoup, car son échec est programmé. Il faut la soumettre le plus rapidement possible au peuple: son refus va totalement neutraliser le oui du 21 mai...

Et par la suite, quelle position allez-vous adopter face aux accords bilatéraux desquels il faudra bien vous accommoder? On vous sent un peu dans l'impasse.

Nous allons bien sûr être très attentifs aux conséquences du trafic de transit et, surtout, de la libre circulation des personnes. Si nous voyons trop de désagréments, nous n'hésiterons pas à saisir la possibilité de référendum dans sept ans.

Cela semble très loin...

Certes, mais ces échéances sont là pour tout le monde. Pascal Couchepin nous fait d'ailleurs bien rire: il s'engage pour un moratoire de sept ans, avant d'évoquer l'adhésion. On verra s'il arrive à tenir si longtemps. Nous l'avons à l'oeil!



Interpellation Hess Bernhard (DS)

Possibilité de quitter l'Union européenne

Suite aux menaces proférées par l'Union Européenne à l'encontre de l'Autriche, le problème que pose l'impossibilité pour un pays de rompre le traité d'adhésion à l'UE a été pour la première fois évoqué par différents médias européens. Nombreux sont les citoyens qui, jusqu'à présent, n'avaient encore jamais entendu parler de l'article 51 du traité sur l'Union européenne. Malgré sa brièveté, cet article est lourd de conséquences. Il a la teneur suivante: «Le présent traité est conclu pour une durée illimitée». Une dissolution de l'Union européenne est toutefois possible, affirme les spécialistes de droit international, si elle est approuvée par l'ensemble des Etats membres. Si un seul d'entre eux s'y refuse, l'Union doit être maintenue, le cas échéant par la force: Je demande par conséquent au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Que pense notre gouvernement de l'article 51 susmentionné du traité sur l'Union européenne?
2. En vertu de cet article, estime-t-il encore qu'il serait possible à la Suisse de quitter l'Union européenne une fois qu'elle y aurait adhéré?

Développement

La plupart des Autrichiens ne savaient pas, lors de la votation populaire sur l'adhésion à l'Union européenne, que, manifestement, ce traité engagerait leur pays pour une durée illimitée.

Il est aberrant que des peuples s'engagent pour des siècles par des traités qu'ils ne peuvent rompre. On retire ainsi aux générations futures le droit à l'autodétermination ainsi que la liberté de déterminer l'organisation politique de leur pays. Une pareille prétention restera inopérante, mais elle risque de provoquer à l'avenir des conflits qui, sans les contraintes imposées par le traité, ne verraient même pas le jour.

«Aucun Etat membre ne peut quitter l'UE, et celle-ci n'a le droit d'en

exclure aucun», nous dit Christoph Vedder, juriste à qui l'on doit la rédaction de commentaires de référence sur le droit européen. Nous vous tenons, nous ne vous lâchons plus, tel est le mot d'ordre implicite du traité de l'Union. La seule possibilité pour un Etat membre de quitter l'UE consiste à enfreindre de manière durable et grave le droit en vigueur au sein de l'Union européenne: le Conseil de l'Europe peut alors décider de le suspendre en vertu de l'article 7 du traité sur l'Union européenne. Il resterait alors membre, mais son droit de vote serait suspendu.

Réponse du Conseil fédéral

Du point de vue juridique, la question (de la possibilité de quitter l'UE) est controversée, car les traités constitutifs ne prévoient pas expressément qu'un Etat puisse quitter l'UE. Il n'est politiquement pas imaginable qu'un Etat souverain puisse être contraint à rester dans l'UE contre sa volonté. Cette possibilité est aussi une nécessité pour l'UE, puisque tout développement exige l'accord de chaque Etat membre.

Une collectivité est considérée comme «souveraine» quand elle dispose de la dite compétence des compétences, c'est-à-dire qu'elle possède le pouvoir de décider elle-même dans quel domaine la collectivité agit et peut agir. Dans ce sens, la Suisse resterait souveraine en cas d'adhésion à l'UE. En tant qu'état souverain, elle ne pourrait également pas être contrainte contre sa volonté de rester dans l'UE si elle devait décider plus tard de se retirer. Cette opinion est certes contestée par une partie des juristes, le Traité sur l'UE ne prévoyant pas la possibilité expresse de se retirer. Le départ d'un Etat constituerait une modification du traité qui nécessiterait l'approbation de tous les autres membres. Une décision d'adhésion ne serait cependant politiquement pas irréversible.

Jusqu'à présent, aucun Etat mem-

Le nouveau truc des socialistes

Et voilà, les socialistes ont jeté un pavé dans la mare, le droit de vote et d'éligibilité à seize ans. pour voir les réactions de nos conseillers nationaux au Parlement. Ils font ainsi d'une pierre deux coups. Le premier détourne l'attention et les réflexions de base sur l'Europe et son hégémonie sur notre pays, et le second incite le Parlement à se pencher sur un problème juvénile créé de toutes pièces. Car si quelques jeunes s'intéressent à certains problèmes politiques, d'autres, la majorité d'entre eux, sont très occupés par le sport extrême, les pétards ou les cibiches.

Les socialistes auraient mieux fait de commencer par proposer une amélioration des cours d'instruction civique et de droit (car nul n'est censé ignorer la loi) dans le programme scolaire, vu qu'à 16 ans, on n'a pas encore des responsabilités: pas d'impôts, pas de service militaire, on ne peut pas se marier et on ne peut pas signer d'emprunt bancaire pour l'achat d'une propriété, etc.

Mais la tactique des socialistes est claire. Ils espèrent ainsi augmenter leurs supporters en faveur de l'entrée de notre pays dans l'UE. Dans nos classes remplies parfois à 90% d'étrangers dont plus de la moitié souvent sont naturalisés, il leur serait facile d'influencer les tendances europhiles de ces nouveaux électeurs, le corps professoral étant socialoturbocroisé et les élèves étrangers déjà convaincus.

Aux USA, les cours d'instruction civique passent par l'étude approfondie des institutions américaines, en Israël les écoles talmudiques ont 45% de leurs cours basés sur la juité politique de base du pays et de la diaspora, et dans les pays islamiques, on ne trouve que des écoles coraniques très politisées, Si les so-

bre n'a jamais exigé de se retirer de l'UE. Deux événements laissent cependant supposer qu'un Etat peut quitter l'UE: en 1975, soit trois ans après l'entrée de leur pays dans la CE, les citoyens du Royaume-Uni ont dû confirmer cette adhésion lors d'une votation populaire; cette votation populaire démontre que le gouvernement du Royaume-Uni considérait qu'il était possible de sortir de la CE; les citoyens du Groenland – territoire externe du Danemark, jouissant d'une autonomie interne – a décidé, lors d'une votation populaire en 1982, de quitter la CE. Là-dessus, les traités constitutifs ont été modifiés.

La possibilité de se retirer devrait avoir peu de signification dans la pratique, parce qu'une adhésion crée des modifications durables notamment dans le domaine économique (par ex. dans l'agriculture) sur lesquels il ne serait pas facile de revenir en arrière. En clair: restons en dehors.

cialistes suisses veulent s'inspirer de ce mode d'instruction, pourquoi ne le disent-ils pas ouvertement au lieu de déposer une initiative parlementaire sur le droit de vote et d'éligibilité de gamins de 16 ans, dans le seul but d'augmenter leur électorat? Il y a lieu de ne pas prendre au sérieux cette question dans le contexte actuel des futures votations sur l'initiative des jeunes «Oui à l'Europe», les députés ont d'autres chats à fouetter et ils doivent réserver leurs forces pour les luttes à venir concernant une éventuelle entrée dans l'UE et les changements à apporter à la Constitution pour être compatibles en devenant de dociles esclaves.

Maria de Seimners, Genève

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Aqua nostra ou univers nostro

Avant que le Valais ne hurle au grand jour son refus de protéger la nature par la voix d'Aqua Nostra, c'était le canton le plus réfractaire aux injonctions fédérales du département de l'environnement. Les communiqués et les ordonnances, les règlements et les suggestions passaient régulièrement à la corbeille dans l'anonymat. Aqua Nostra a au moins le mérite de désigner ouvertement les responsables de ce négationisme.

Il est de notoriété publique que pour convaincre des ânes qui n'ont pas soif ne serait-ce que pour montrer leur bonne volonté, il faut peindre le diable sur la muraille afin d'instaurer un légitime début de panique. Donc pour éviter ou stopper l'acharnement égoïste des chasseurs, des pêcheurs de baleines, des fans de remontées mécaniques doublés de fous «hors pistes», de tueurs de bébés phoques, de pollueurs d'eau potable ou de décharges dangereuses loin de chez eux, il est heureux d'avoir comme garde-fou les WWF, Pro NATURA ou Helvetia Nostra de Franz Weber en Suisse, le premier étant mondialement connu.

Ce qui est inadmissible, c'est que des conseillers nationaux comme Simon Epiney en Valais, Serge Beck syndic de Le Vaud, ou Olivier Rostan chirurgien à Payerne ex président des chasseurs, tous membres d'Aqua Nostra, accusent les organisations de protection de la nature, de n'avoir aucune légitimité démocratique et ne sont pas représentatives de la population. Alors que représente Aqua Nostra? Ses membres sont ils issus d'une autre planète? Et parce que certains responsables d'Aqua Nostra ont été

élus par le peuple sont-ils plus importants que Philippe Roch et son adjoint responsables du département fédéral de l'environnement? Décidément, on assiste à une pitoyable guerre de pouvoir antidémocratique au niveau politique au détriment de notre environnement. Aqua Nostra demande la suppression du Droit de Recours des associations de protection de la nature auprès du Tribunal Fédéral. Or il y a eu 98% de recours privés et 2% de recours émanant des associations mentionnées dont le taux de réussite fut de 64%. Ce qui prouve que ces 2% n'ont pas de caractère abusif.

Il est malheureux de constater que la nature est prise en otage par des gens égoïstes qui ne pensent qu'aux bénéfices, à leurs ventres ou à leur taux d'adrénaline. Se référer à la politique pour pouvoir détruire en toute impunité les endroits de vraie nature devenus de plus en plus rares, c'est honteux et mesquin. Utiliser des injures contre des êtres humains soucieux des générations futures en les traitant d'écolos pervers, de verts schizophrènes ou de débiles bêlants, c'est le comble de la bêtise. Mais que peut-on attendre de mieux lorsque l'exemple de l'incohérence et de la déraison vient de l'UE à Bruxelles qui donne raison aux chasseurs français, aux toréadors espagnols et aux producteurs d'OGM américains. Et voilà la réponse: les écologistes demandent des sous à fonds perdus, Aqua Nostra soutient les spéculateurs et tous ceux qui veulent et font du fric sur le dos de la santé, de l'environnement, et sur notre propre survie humaine.

Mary Meissner, Vernier

Le Pileri

Trévise et l'Autriche

Pour revenir rapidement sur la situation endémique que crée la France en refusant de supprimer les sanctions prises contre l'Autriche, il y aurait lieu de souligner qu'à Trévise, dans un pays de l'UE naturellement plus important que l'Autriche, le maire se dit ouvertement d'extrême droite. Il applique depuis son élection, une politique xénophobe vis-à-vis des immigrés et surtout des clandestins, et toute la ville l'approuve en le plébiscitant pour un 3e mandat. Ce qui est normal, prouvé et acceptable en Italie, ne l'est pas, pour la France, en Autriche où rien n'est prouvé jusqu'à ce jour. Décidément ce pays devrait mettre de l'eau dans son vin et ne pas faire des déclarations très préjudiciables à son image de marque qui se ternit de plus en plus. Son mandat de présidence de l'UE lui monterait-il à la tête? Pourvu que

pendant ces six mois, elle ne pousse pas le bouchon trop loin dans son attitude totalitaire de celui qui a toujours raison, elle pourrait le payer très cher.

Une autre figure de marionnette mondialiste

Madeleine Albright a été mobbée à l'Université de Californie à Berkeley, par des étudiants qui commencent à ouvrir les yeux. C'est dans cette université qu'il y eut la plus forte opposition à la guerre du Vietnam. Aujourd'hui, lors de la distribution des prix de fin d'année, le personnage «en vue» invité, fut Madeleine Albright. Mais au lieu de pouvoir parler en premier, c'est l'étudiante étrangère meilleur diplômé Fadia Rafeedie qui demanda de passer avant l'invitée. La salle est déjà envahie par une bande d'étudiants portant une banderole sur laquelle est inscrite la phrase sui-

vante: «Madeleine Albright est une criminelle de guerre». Puis un tonnerre de huées ont empêché l'oratrice Albright de s'exprimer car les étudiants scandaient: «Mettez fin aux sanctions en Irak maintenant.» Une échauffourée s'est ensuivie, la police a du évacuer avec brutalité les fauteurs de trouble. Madeleine Albright n'eut plus qu'à s'éclipser par une sortie d'urgence jusqu'à sa voiture qui démarra en trombe.

Fadia Rafeedie, la Palestinienne, a naturellement oublié le contenu si poli de son exposé, et elle insulte ouvertement Madeleine Albright qui «commet des abominations», alors qu'elle vient d'être qualifiée par un membre de l'Université de la «plus illustre femme de notre époque.» L'étudiante souligne que Madeleine Albright dans une de ses allocutions avait déclaré que «la politique étrangère des Etats Unis valait bien la mort de 5000 enfants chaque mois en Irak» soit le nombre de personnes réunies dans l'aula pour la cérémonie. Après ce plaoyer la salle croule sous les applaudissements.

La bataille de l'eau

Il est grand temps de prendre à bras le corps ce problème crucial de l'eau douce. Malgré les grands réservoirs congelés que sont les Pôles, et les longs fleuves qui traversent encore certaines régions du monde, les discussions se braquent non pas sur la façon d'exploiter ces richesses, au même titre que le pétrole (forages en moins) mais sur la meilleure manière de répartir l'or blanc qui est à portée des populations.

On prévoit des dépenses somptuaires pour filtrer les eaux usées et les redistribuer comme si l'on était dans l'espace sur un vaisseau spatial (ce que nous sommes en réalité) et les regards se tournent avec envie, en Europe, vers notre château d'eau. Tout en reconnaissant que nous sommes des privilégiés (momentanément) c'est le moment de réveiller dans la tête des Helvètes une prise de conscience sur notre sécurité grâce à nos réserves qui sont notre meilleur atout, notre santé et notre survie. (On cherche déjà à ruiner notre place bancaire une de nos rares richesses puisque nous, n'avons aucune mine.) Cependant, vu que nous avons encore des citoyens qui se tournent vers l'Union Européenne comme la seule issue possible, peut-être que cette problématique de vache à lait qui se double et se mue en vache à eau, les fera réfléchir. Car n'en déplaise à ces utopistes, une fois embrigadée dans l'UE, la Suisse pourra être réprimandée, sanctionnée et insultée comme l'Autriche qui ne peut plus sortir de ce panier de crabes autoritaires, et elle sera en plus ligotée par des obligations prétérissant sa libre distribution et utilisation de l'eau.

La tendance rose-verte des pays de l'Union qui arrosent n'importe qui, n'importe comment sous couvert

d'humanisme bien pensant, n'aura aucun scrupule à offrir nos richesses en eau potable à leurs colonies ou ex colonies, quitte à laisser les Suisses aussi démunis qu'actuellement les Palestiniens qui n'ont qu'un dixième de la consommation totale d'Israël en eau, ce pays n'hésitant pas de sucroit à soutirer en douce les eaux de la Litani libanaise.

Un génocide silencieux

Les Etats Unis, aidés par l'Union européenne s'unissent pour liquider la population irakienne par le biais d'un génocide silencieux qui tue les enfants d'abord. Rien d'étonnant à ce procédé dénoncé haut et fort lorsqu'il s'agit du Kosovo ou de la Bosnie (là c'était l'épuration ethnique aidée par des bombardements ciblés) par nos médias et par le Tribunal International de la Haye, mais quel silence suprenant lorsqu'il s'agit de juger les procédés honteux de rétorsion qui épargnent Saddam Hussein et Milosevic, tout en enterrant dans ce même silence, le génocide des enfants.

Un cygne rouge à Genève

Cette ville internationale ne fait pas exception à la règle qui veut que des voyous se manifestent de temps en temps. Ainsi un cygne qui couvait au bord du Rhône a-t-il été recouvert de peinture rouge et il a failli être tué par le pied d'un parasol lancé sur son nid depuis la berge. Heureusement, il a survécu et ses deux petits sont en bonne santé. Dans les faubourgs, il y a d'autres agressions contre des chiens à qui l'on jette des boulettes de viande bourrées de lames de rasoir, et des jeunes de toutes couleurs qui habitent dans des immeubles d'immigrés, s'amusent à tirer sur les oiseaux. Jusqu'à présent, il n'y avait qu'au Liban que des soldats inoccupés s'amusaient à tirer sur les cigognes...

Bilatérales et UE

Schröder plaide pour une Europe à géométrie variable, l'Autriche pense sérieusement à se retirer de l'UE quoi qu'il en coûte, Prodi approuve la prudente avance des Suisses vers un destin très contraignant pour notre démocratie typiquement helvétique, Blair partage le point de vue de nos Conseillers fédéraux qui freinent les turbos jeunes et inexérimentés. Et dans le même temps, les socialistes emmenés bientôt par une furiosissima turboeuropophile Brunner, aboient urbi et orbi pour affirmer que le parti appartenant à une internationale rouge chantant la Lutte finale, il n'est pas question de renoncer à une marche forcée en avant, afin de se sentir, conune les autres malheureux enchaînés de l'UE les esclaves du cryptocommunisme qui se met de nouveau en place. En plus, ces neo marxistes admettent être la gauche caviar jouant à la bourse qui devient leur arme pour la lutte finale. Laquelle?

Octopus

**Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten** **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Stellungnahme der Schweizer Demokraten zur Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge mit der EU vom 21. Mai 2000

Jetzt lastet eine riesige Verantwortung auf den Siegern!

Grosser Achtungserfolg der Gegner!

Als Initianten des Referendums gegen die Bilateralen Verträge mit der EU nehmen die Schweizer Demokraten mit Freude von der hohen Stimmbeteiligung Kenntnis. Offensichtlich handelt es sich um eine wichtige Vorlage. Es ist den Vertragsgegnern gelungen, gegen die vereinigte Phalanx fast aller Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Medien und der Wirtschaft sehr viele ablehnende Stimmen zu gewinnen.

Freude macht die Ablehnung im Kanton Schwyz und die deutliche Ablehnung der Verträge im Kanton Tessin, was als Grosserfolg der Lega dei Ticinesi bewertet werden darf. Wenn man an die Übermacht der befürwortenden Seite denkt, ist das Gesamtergebnis eigentlich eine Niederlage derselben. Die Unzufriedenheit mit den Regierenden, aber auch die berechtigte Zukunftsangst vieler Leute in unserem Land ist gross. Bedenken haben wir vor allem vor den Folgen des freien Personenverkehrs, der Lastwagenflut und der riesigen Konkurrenz des einheimischen Gewerbes, verbunden mit dem Sinken unseres Lohnniveaus. Die Regierungsparteien SVP, FDP, CVP und SP müssen in den nächsten Jahren beweisen, dass unser Land nicht überfremdet wird durch die Abschaffung der Einwanderungs-Bestimmungen mit der EU.

Sollte die Einwanderung aus der EU – erwartungsgemäss – zunehmen, werden die Schweizer Demokraten in einigen Jahren nicht zögern, dagegen erneut das Referendum zu ergreifen.

Der Bundesrat hat im Abstimmungskampf zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gesagt, dass mit dieser Abstimmung die EU-Beitrittsfrage für viele Jahre vom Tisch sei. Die SD hoffen, dass dies nicht gelogen ist, nachdem die Bundesräte Deiss und Dreifuss noch ein halbes Jahr vor der Abstimmung davon gesprochen haben, dass nach den Bilateralen Verträgen der Beitritt zur EU ange-

strebt werde! Wir fordern den Bundesrat angesichts der grossen Neinstimmzahl auf, sein EU-Beitritts-gesuch unverzüglich zurück-zuziehen.

Die Schweizer Demokraten werden die europapolitische Entwicklung im Inland kritisch begleiten. Sie hoffen weiter, dass die EU das vertrags- und völkerrechtswidrige Sanktionsgebaren gegen Öster-

reich endlich aufgibt und dass in der bevorstehenden dänischen Volksabstimmung ein Nein zum Beitritt zur Europäischen Währungsunion resultiert. Der Euro ist als Währung so schwach, dass wir in der Schweiz froh sein können, nicht in diesem Lotterbett drinzu-liegen.

Rudolf Keller,
SD-Zentralpräsident

Leserinnen und Leser fragen – unsere Redaktion antwortet:

Stimmrechtsalter 16: Sinn oder Unsinn?

Die Initiative zur Absetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre, die von SP-Nationalrätin Ursula Wyss lanciert wurde, gab etlichen Medienschaffenden wieder einmal genug Anlass, die gerade von der Presse stets verhätschelte «Vorzeige-(Ex-)Jugendliche» aus Bern gebührend zu feiern und in einigen Tagblättern sogar auf Seite 1 als Aufmacher zu bringen.

Abgesehen vom boulevardesken Hauch, der das Thema über das Stimmrechtsalter primär umwehte, gibt es doch genug Gründe zur objektiven Kritik.

In erster Linie Stimmenfang

Es mag sein, dass vereinzelte Sympathisanten solcher Ideen dem Grundgedanken, das Stimmrechtsalter zu senken, im guten Glauben handeln und dieser Initiative tatsächlich etwas Positives abgewinnen können. Nichts spricht gegen die löbliche und humanistische Überzeugung, die Anliegen der Jugend ernst zu nehmen und vor allem die schrittweise Integration der Kinder in die oft brutale Alltagswelt des sogenannten Erwachsenenendaseins behutsam zu fördern. Die Frage ist nur, ob dies mit einer Abspaltung des Stimmrechts- vom Mündigkeit-salter der progressiven Entwicklung eines jugendlichen Menschen dienlich sein kann oder ob durch solche Massnahmen dem Kind die Kindheit nicht um ein weiteres Stück entzogen werden wird. Wenn es nach dem dubiosen Schweizer Philosophen Hans Sahner ginge, würde unsere Gesellschaftsordnung dieser wichtigen und verstandesgemässen stimmrechtlichen Einrichtung sogar verlustig werden, aber glücklicherweise sind solche gesellschaftspolitischen Fragen nicht ausschliesslich von philosophischen Betrachtungsweisen abhängig.

Ursula Wyss selber macht sich der zunehmenden ‚Verpolitisierung‘ der Kindheit schuldig, wenn sie Forderungen in diesem Rahmen stellt, zumal auch ein mögliches Stimmrechtsalter 16 eines Tages zur Disposition stehen könnte. Es geht bei dieser Initiative jedoch nicht um die Frage nach moralischen Werten, die zudem auch etwas altbacken daher-kommen würden. Die Absicht, die wohl hinter dieser Initiative steckt, besitzt schon eher machiavellistischen Charakter und kann von der Überlegung her sogar ein gewisses Mass an Faszination vermitteln, geht man davon aus, dass die Initianten um Ursula Wyss in erster Linie an zusätzlichen Stimmen aus dem jungen Wählersegment interessiert sind. Dazu ist zu sagen, dass die wenigen Jugendlichen, die wirklich schon mit 16 Jahren politisch sensibilisiert sind, sich tragischerweise meistens entweder bürgerlich oder sozialdemokratisch orientieren, es sei denn, sie sympathisieren aufgrund einer Protesthaltung mit eher radikaleren Gruppierungen.

Entscheidend ist letztlich nur, dass einigermassen vernünftige Einschätzungen unserer gesellschaftlichen Lebensumstände und weitgehend natürlichen Verhaltensweisen den Sinn und die Richtigkeit des Stimmrechtsalters 18 bestätigen.

Die Redaktion

**SD auf Internet
– täglich
aktuell!**

**www.schweizer-
demokraten.ch**